

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **16. und 17. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2009/2010 vom 14. Dezember 2009

von 16.15 bis 18.30 Uhr und von 20.00 bis 21.30 Uhr

Vorsitz:	Y. Beutler (SP)
Protokoll:	K. Lang
Entschuldigt	Nachmittagsitzung: A. Bossert (FDP), R. Harlacher (CVP)
	Abendsitzung: N. Sabathy (CVP)
	Beide Sitzungen: U. Brügger (FDP), R. Isler (SVP)

Traktanden

Trakt. Gesch. Geschäft Nr. Nr.

- | | | |
|------|--------|--|
| 9.* | 07/101 | Antrag und Bericht zum Postulat A. Ramsauer (Grüne/AL), B. Stettler (DTB) (SP), M. Zeugin (EVP/EDU/GLP) und M. Stutz (SD) betreffend guter Winterthurer Waldboden |
| 10.* | 07/109 | Antrag und Bericht zum Postulat St. Fritschi (FDP), U. Bründler (CVP), Ch. Kern (SVP), A. Ramsauer (Grüne/AL), B. Gruber (SP), und R. Kleiber (EVP) betreffend Raum für die Sammlung der Stiftung Kunst, Kultur und Geschichte |
| 11.* | 07/110 | Antrag und Bericht zum Postulat W. Schurter (CVP), J. Altwegg (Grüne/AL), St. Fritschi (FDP), R. Kleiber (EVP), S. Stöckli (GLP) und J. Würzler (SP) betreffend Verbesserung und Attraktivitätssteigerung der Stadtbuss-Haltestellen |
| 12.* | 07/111 | Antrag und Bericht zum Postulat P. Kyburz (SP) betreffend Einführung eines städtischen Anerkennungspreises Jugend |
| 13.* | 07/113 | Antrag und Bericht zum Postulat U. Böni (SP) betreffend Schaffung einer Auffangstation und eines Infozentrums für Wildtiere |
| 14.* | 08/008 | Antrag und Bericht zum Postulat D. Schraft (Grüne/AL), R. Wirth (SP), S. Stöckli (GLP) und R. Kleiber (EVP) betreffend Projekt für den Road Pricing-Versuch |

- 15.* 08/018 Antrag und Bericht zur Motion B. Dubochet (Grüne/AL), R. Wirth (SP),
(DTB) M. Hollenstein (CVP), R. Kleiber (EVP/EDU/GLP) und M. Stutz (SD)
betreffend Potentialabklärung und Nutzung Geothermie
- 16.* 08/030 Antrag und Bericht zum Postulat U. Dolski (CVP), R. Werren (FDP),
(DB) M. Stutz (SD), N. Gugger (EVP/EDU/GLP) und Ch. Kern (SVP) betreffend
Sauberkeit im öffentlichen Stadtraum
- 17.* 08/047 Antrag und Bericht zum Postulat St. Fritschi (FDP) betreffend Erhalt der
(DB) Parkplätze bei der Milchrampe
- 18.* 08/048 Antrag und Bericht zum Postulat M. Ott (SP), D. Berger (Grüne/AL) und R.
(DSO) Kleiber (EVP) betreffend Gemeindezuschüsse zur AHV und IV
- 19.* 08/078 Antrag und Bericht zur Motion B. Dubochet (Grüne/AL), R. Wirth (SP),
(DTB) M. Zeugin (EVP/EDU/GLP) und M. Stutz (SD) betreffend Förderprogramm
Energie im Gebäudebereich
- 20.* 08/080 Antrag und Bericht zur Motion P. Rütimann (FDP), J. Lisibach (SVP) und
(DSU) U. Dolski (CVP) betreffend Einführung eines kommunalen Ordnungsbus-
senverfahrens
- 21.* 08/098 Beantwortung der Interpellation D. Hauser (SP) betreffend sozial- und
(DTB) wirtschaftsverträgliche Strompreise in Winterthur
- 22. 08/112 Beantwortung der Interpellation W. Badertscher (SVP), R. Werren (FDP),
(DSO) M. Stutz (SD) und H. Iseli (EDU) betreffend Sozialbehörde Winterthur
- 23. 08/119 Beantwortung der Interpellation F. Künzler (SP) betreffend überfüllte S12
(DTB) im Freizeitverkehr
- 24. 09/007 Beantwortung der Interpellation B. Günthard Fitze (EVP/EDU/GLP) betref-
(DSO) fend Schuldenberatung und Schuldensanierung
- 25. 09/008 Beantwortung der Interpellation F. Künzler (SP) betreffend antizyklische
(DFI) Konjunkturpolitik
- 26. 09/009 Beantwortung der Interpellation F. Helg (FDP) betreffend Lärmschutz ent-
(DB) lang der A1 in Winterthur
- 27. 09/018 Beantwortung der Interpellation R. Wirth (SP) betreffend Einsatzdoktrin
(DTB) von Stadtbus bis 2011
- 28. 09/025 Begründung des Postulats M. Zeugin (EVP/EDU/GLP), J. Altwegg (Grü-
(DFI) ne/AL) und H. Keller (SVP) betreffend Open Source Pilotprojekt in der
Stadt Winterthur
- 29. 09/033 Beantwortung der Interpellation J. Romer (SP) betreffend Massnahmen
(DSS) gegen Amokläufe und andere Notfälle an Schulen
- 30. 09/034 Beantwortung der Interpellation P. Rütimann (FDP) betreffend Bevorzu-
(DB) gung des handwerklichen und gewerblichen Verkehrs gemäss Verkehrs-
leitbild des Stadtrats
- 31. 09/035 Beantwortung der Interpellation St. Schär (SVP) und G. Bienz (CVP)
(DFI) betreffend privaten Internetgebrauch in der Stadtverwaltung

(* die an dieser Sitzung behandelten Geschäfte)

Ratspräsidentin Y. Beutler begrüsst zur 16. und 17. Sitzung des Amtsjahres 2009/2010.

Mitteilungen

Ratspräsidentin Y. Beutler gratuliert H. Keller herzlich zum Geburtstag.

Nach der Sitzung sind die Ratsmitglieder zum Apéro eingeladen.

An der zweiten Sitzung wird ein Fotograf des Landboten anwesend sein. Die Ratspräsidentin hat ihm die Erlaubnis erteilt zu fotografieren.

9. Traktandum

GGR-Nr. 2007/101: Antrag und Bericht zum Postulat A. Ramsauer (Grüne/AL), B. Stettler (SP), M. Zeugin (EVP/EDU/GLP) und M. Stutz (SD) betreffend guter Winterthurer Waldboden

B. Dubochet (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Bericht und unterstützt sein Vorgehen. Es ist sinnvoll, dass die Winterthurer Forstbetriebe zusammen mit dem Institut für angewandte Pflanzenbiologie eine Untersuchung durchführen. Wenn die Resultate positiv ausfallen, will die Stadt darauf hinwirken, dass die Bundesverordnung, die das Ausstreuen von Asche im Wald nicht zulässt, entsprechend angepasst wird. Wichtig ist, dass ausschliesslich unbelastete Asche im Wald ausgebracht wird. Schlussendlich sollen die Böden nicht nur nicht sauer sein, noch wichtiger ist, dass kein Gift eingebracht wird. Deshalb soll die Asche vorgängig untersucht werden. B. Dubochet dankt im Namen der Grüne/AL-Fraktion für die Antwort und nimmt diese zustimmend zur Kenntnis.

U. Böni (SP): Die Forstbetriebe bewirtschaften die Wälder sehr nachhaltig. Von daher ist die SP-Fraktion mit dem Bericht des Stadtrates einverstanden. Die Möglichkeit Asche auszubringen, soll vertieft geprüft werden. Vieles ist trotz des langen Berichts noch nicht abschliessend geklärt. Weil der Wald ein heikles Ökosystem ist, erwartet die SP vertiefte Informationen, falls es zu einem Pilotprojekt kommen sollte.

M. Zeugin (EVP/EDU/GLP): Die EVP/EDU/GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Ausführungen und für die geplanten Massnahmen. Die Fraktion unterstützt den Stadtrat in seinen Bestrebungen.

M. Stutz (SD) dankt dem Stadtrat für die Antwort. Den Schweizer Demokraten ist es ein Anliegen, dass zu den Wäldern Sorge getragen wird. Sie wird die geplanten Versuche unterstützen. Die nachhaltige Nutzung des Holzes macht Sinn.

N. Sabathy (CVP): Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Bericht zum Postulat. Die CVP steht diesem Bereich kritisch gegenüber. Der Wald ist ein wichtiger Faktor für die Stadt auch als Erholungsraum für die Bevölkerung. Er ist aber auch ein Teil der Natur und die Natur passt sich immer wieder den veränderten Umweltbedingungen an, ohne dass der Mensch etwas dazutun muss. Das Einbringen von Asche ist nicht sinnvoll, weil die Risiken zu gross sind. Die Forstbetriebe sind im Juni 2000 mit dem FSC Label ausgezeichnet worden. Das zeigt, dass nachhaltig gewirtschaftet wird. Dieses Gütesiegel wird vom Weltforstrat vergeben. Die Prinzipien dieses Gütesiegels fordern, dass die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden müssen und es darf kein Dünger im Wald ausgebracht werden. Gemäss gültigem Gesetz ist das Ausbringen von Asche im Wald verboten. Darum ist die CVP gegen das Düngen mit Asche und nimmt den Bericht im ablehnenden Sinn zur Kenntnis.

R. Werren (FDP): Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort mit der sie einig geht. Der Stadtrat zeigt, dass er unter Berücksichtigung der Schadstoffgehalte, der Vorschriften und der eidgenössischen Waldverordnung in Zusammenarbeit mit anderen Forstverwaltungen das Ausbringen von Asche in Betracht zieht. Das ist gut. Das Forstamt ist sowieso immer am Ball und wird das Richtige tun.

H. Keller (SVP): Die SVP dankt dem Stadtrat für die ausführliche Antwort. Die Rückführung der Nährstoffe in den Wald, die Schliessung des Nährstoffkreislaufes und die Kompensation von Nährstoffverlusten sind die richtigen Massnahmen. Die Gewähr, dass die Bodenfruchtbarkeit im genutzten Wald auf lange Frist erhalten bleibt, ist sehr wichtig. Sicher darf nur schadstoffarme Asche ausgebracht werden. Die SVP begrüsst, dass sich die Stadt Winterthur an den Versuchen mit dem Institut für angewandte Pflanzenbiologie beteiligt.

Stadtrat M. Gfeller: Der Stadtrat wird sich nicht Asche aufs Haupt streuen – er wird vielmehr am Ball bleiben. Die Stadt ist interessiert allenfalls ein Stück Wald zur Verfügung zu stellen und den Versuch zu betreuen. Das geschieht aber nicht ganz uneigennützig. Die Forstbetriebe Winterthur haben ein Interesse daran, weil Winterthur relativ viele Holzschnitzelheizungen betreibt. In diesen Heizungen wird unbehandeltes Holz verbrannt. Das heisst die Winterthurer Asche ist schadstoffarm. Es ist klar, dass nur Teilgebiete für das Ausbringen von Asche in Frage kommen. Die Waldplanung ist detailliert ausgearbeitet und orientiert sich an der Bodenqualität. Im Rahmen dieser differenzierten Planung lassen sich diese Versuche durchaus begründen. Es geht nicht darum, ob Asche ausgebracht werden soll oder nicht. Es geht lediglich darum, ob sich Winterthur an einem Versuch beteiligen soll, der unter kantonaler und eidgenössischer Kontrolle ablaufen würde. Die Erkenntnisse aus diesem Versuch sind für die Forstbetriebe Winterthur von Interesse.

Ratspräsidentin Y. Beutler lässt über den Antrag das Postulat im ablehnenden Sinn zur Kenntnis zu nehmen, abstimmen.

Der Rat stimmt mit offensichtlicher Mehrheit für die Kenntnisnahme im positiven Sinn. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.

10. Traktandum

GGR-Nr. 2007/109: Antrag und Bericht zum Postulat St. Fritschi (FDP), U. Bründler (CVP), Ch. Kern (SVP), A. Ramsauer (Grüne/AL), B. Gruber (SP), und R. Kleiber (EVP) betreffend Raum für die Sammlung der Stiftung Kunst, Kultur und Geschichte

St. Fritschi (FDP): Mit diesem Postulat verbindet sich die Vision, dass die Bilder aus der Stiftung von B. Stefanini erhalten und der Winterthurer Bevölkerung zugänglich gemacht werden können. Wenn man eine Vision hat und der Stifter nicht bereit ist ein Museum mitzutragen, dann ist der Zeitpunkt verfrüht. B. Stefanini als Stifter dieser Kunstschatze hat die Türe aber nicht geschlossen. Er hat nie gesagt, dass er kein Museum in Winterthur will. Er hat aber erklärt, dass es zurzeit nicht möglich ist. B. Stefanini ist 85 Jahre alt. Trotzdem ist es nicht zu spät diese Vision weiterzuverfolgen. B. Stefanini ist mit der Stadt Winterthur sehr verbunden. Die Stadt soll alles daran setzen, dass die Kunstsammlung in Winterthur bleiben und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann. Die Stiftung von B. Stefanini ist steuerbefreit. Sie hat einen gemeinnützigen Charakter und die Kunstwerke müssen der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Diese Bedingungen sind ein wichtiger Teil der Stiftungsurkunde und der Grund für die Steuerbefreiung. Die Stadt Winterthur darf aber auch fordern. Der Kontakt zu B. Stefanini ist auch in Zukunft sehr wichtig. Dass nicht nur die Winterthurerinnen und Winterthurer Interesse an diesen Kunstwerken haben, zeigt die Statistik. Vor zwei Jahren haben innerhalb von 6 Monaten 24'000 Leute die

Spezialausstellung besucht, an der ca. 100 Werke aus dem Besitz der Stiftung ausgestellt wurden. Die Dialogausstellung, mit der die zwei Sammlungen Oskar Reinhard, Winterthur vereinigt wurden, haben innerhalb von 10 Monaten 21'000 Leute besucht. Das Interesse an der Sammlung von B. Stefanini ist vorhanden. Auch wenn einige Werke die Qualitätskriterien von Oskar Reinhard nicht erreichen, sind viele Werke aus der Sammlung von B. Stefanini echte Juwelen. St. Fritschi will die beiden Sammlungen aber nicht gegeneinander auspielen. Er möchte aber, dass der Stadtrat am Ball bleibt. Die Stiftung Kunst, Kultur und Geschichte ist eine sehr vermögende Stiftung und hätte die flüssigen Mittel um die Investitionen zu tätigen, die für die Sammlung benötigt werden. Auch in nächster Zukunft wird es wieder Spezialausstellungen geben. Diese Absicht hat B. Stefanini geäußert.

U. Bründler (CVP): Die CVP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für die ausführliche Antwort. Winterthur ist ein Kulturzentrum und soll das auf lange Zeit bleiben. Die Stadt kann sich nicht auf den Lorbeeren früherer Zeiten ausruhen. Sie ist dazu aufgerufen Neues zu schaffen, dass dabei auch Kosten anfallen, ist unbestritten. Das ist im Moment aber noch zweitrangig. Es ist die Aufgabe der Stadt die Werke und Kunstsammlungen, die zurzeit noch in Kellern lagern, der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Das würde das Kulturangebot erweitern und das Publikumsinteresse stärken. Die Standortevaluation hat ergeben, dass unter Anderem auch im Museum Oskar Reinhard Möglichkeiten bestehen, Raum zu schaffen, um die Sammlung der Stiftung einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Das dritte Obergeschoss, wie auch eine unterirdische Erweiterung könnten als Ausstellungsort genutzt werden. Synergien mit dem bestehenden Museum könnten genutzt werden. Deshalb ist es nicht ganz verständlich, dass die teuerste Variante realisiert werden soll. Leider ist die Stellungnahme der Stiftung zu dieser Thematik kein Aufsteller. Die CVP bittet den Stadtrat, weitere Gespräche zu führen und das Anliegen weiter zu verfolgen, damit das Kunstangebot in Winterthur in absehbarer Zeit erweitert werden kann. Die Bevölkerung ist an Kunst interessiert, das hat der grosse Publikumsaufmarsch anlässlich der befristeten Ausstellung von Anker bis Hodler gezeigt. Die CVP-Fraktion nimmt im zustimmenden Sinn Kenntnis von dieser Antwort.

St. Schär (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort und nimmt sie im positiven Sinn zur Kenntnis. Niemand kann zu seinem Glück gezwungen werden. Deshalb respektiert die SVP den Entscheid der Stiftung kein eigenes Museum zu realisieren. Zumal in dieser Situation nicht damit zu rechnen ist, dass sich die Stiftung finanziell an diesem Projekt beteiligt. St. Schär ist erfreut, dass sich die Stiftung auch in Zukunft als Leihgeberin zur Verfügung stellt und es ermöglicht spannende Wechselausstellungen zu organisieren. Es gilt deshalb den Kontakt zur Stiftung und zu B. Stefanini zu pflegen, auch wenn das nicht einfach sein mag. Es ist sicher auch nicht leicht einen passenden Standort zu finden. Trotzdem bieten sich im Museumsgebiet einige Möglichkeiten, ein Museum zu errichten – einmal abgesehen von den finanziellen Aufwendungen. Das Stadthaus, sowie die Gebäude der Stadtverwaltung entlang der Lindenstrasse liegen zwar im Museumsgebiet, eignen sich aber aufgrund der baulichen Substanz nicht für ein Museum. Dass der Stadtgarten ein prägender Faktor für Winterthur sein soll und sich deshalb für eine oberirdische Erweiterung des Museums am Stadtgarten nicht eignet, kann St. Schär nicht unterschreiben. Diese Option darf bei einer Standortentscheid für ein neues beziehungsweise erweitertes Museum nicht ausser Acht gelassen werden. Die vorgeschlagenen Standorte sind im Auge zu behalten. Auch sollen Räumlichkeiten, die in Winterthur frei werden, auf ihre Tauglichkeit geprüft werden. Bei der ganzen Euphorie in Bezug auf die Sammlung Kunst, Kultur und Geschichte dürfen die finanziellen Folgen für die Stadt nicht ausser Acht gelassen werden. Hier gilt es, eine Kosten/Nutzen-Abwägung zu treffen, bevor Millionen investiert werden. Vor dem Bau eines Museums muss klar geregelt werden, wer welche Kosten tragen wird.

P. Kyburz (SP): Die SP-Fraktion nimmt zustimmend von der Postulatsantwort Kenntnis. Der Stadtrat hat getan was möglich ist und hat potentielle Museumsstandorte geprüft. Auch die SP-Fraktion ist der Meinung, dass es ein Ziel sein muss, diese unschätzbaren Werte einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Im Gegensatz zu Kollege St. Fritschi ist P. Kyburz nicht überzeugt, dass der Stifter rechtlich verpflichtet werden kann. Hier ist sicher Vor-

sicht geboten. Es ist aber sinnvoll, wenn die Zusammenarbeit mit B. Stefanini weiterhin gesucht und gepflegt wird. Die SP-Fraktion kann sich im Moment nicht vorstellen, wie ein zusätzliches städtisches Museum ausserhalb des Museumskonzeptes finanziert werden kann.

M. Läderach (EVP/EDU/GLP): Auch die EVP/EDU/GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. Es gäbe verschiedene Varianten für einen Ausstellungsraum. Einzig von der Nutzung des Altstadtschulhauses sollte abgesehen werden. Das Schulhaus wurde umgebaut und soll von der Sprachheilschule genutzt werden, auch die Turnhalle soll weiterhin eine Turnhalle bleiben. Ein allfälliger Wegfall von 45 Parkplätzen für ein Provisorium wäre verkraftbar. Die Örtlichkeiten sind durch den öffentlichen Verkehr erschlossen. Die Stiftung benötigt zurzeit aber diesen Platz nicht und möchte kein Museum aufbauen, weil das die finanziellen Kräfte übersteigen würde. Deshalb nimmt die EVP/EDU/GLP-Fraktion im zustimmenden Sinn von der Antwort Kenntnis. Die Fraktion unterstützt den Stadtrat, damit er den Dialog mit der Stiftung Kunst, Kultur und Geschichte weiterführen kann.

Stadtpräsident E. Wohlwend dankt den Ratsmitgliedern für die positive Würdigung der Postulatsantwort. Der Stadtrat ist froh um diese Sammlung in Winterthur, die ca. 5'000 Werke umfasst. Das ist ein enormes Volumen. Vieles ist von sehr guter Qualität. Der Sammler leiht diese Werke grosszügig aus. Damit ist die Forderung, die aufgrund der Steuerbefreiung gestellt werden kann, weitgehend erfüllt. Selbstverständlich würde es der Stadtrat schätzen, wenn die Sammlung in Winterthur gezeigt werden könnte. Ein Museum würde aber nicht ausreichen, um 5'000 Werke zu zeigen. In einem Museum sind vielleicht 300 bis 400 Werke ausgestellt. Die Sammlung hätte ein enormes Potential, die Werke könnten immer wieder ausgewechselt werden. Schwierig ist die Tatsache, dass in Winterthur in verschiedenen Häusern ähnliche Werke ausgestellt sind. Das ruft danach, diese Werke zusammenzubringen. Bis dahin wird es aber noch ein langer Weg sein. Der Stadtrat wird sich weiterhin einsetzen und führt immer wieder Gespräche mit B. Stefanini.

Stadtpräsident E. Wohlwend pflegt einen sehr guten Kontakt mit B. Stefanini und hat auch Verständnis, dass er im Moment kein Museum bauen will. Im Rat sind gewisse Differenzen zur Frage auszumachen, wie ein solches Museum zu betreiben wäre. Auf der einen Seite herrscht die optimistische Einschätzung, dass die Stiftung einen wesentlichen Beitrag zum Betrieb leisten würde. Wenn das eintrifft, ist man der Realisierung näher, als wenn die Stiftung zwar die Werke einbringt, sich aber nicht für den Betrieb engagiert. Den grössten Teil des Betriebs für die Stiftung Oskar Reinhard am Stadtgarten trägt die Stadt. Das sind jährlich ca. 800'000 Franken. Wenn wirklich ein zusätzliches Museum eröffnet werden soll, muss sich die Stiftung in erheblichem Masse am Betrieb beteiligen. Sonst kann sich die Stadt das nicht leisten. Die personellen Ressourcen für die Museen sind bereits jetzt sehr knapp. Die Museen der Stadt Winterthur arbeiten bereits jetzt mit einem Minimum an Ressourcen. Bevor ein neues Museum dazukommt, muss das Vorhandene konsolidiert werden. Der Stadtrat freut sich aber, dass die Werke von B. Stefanini in Winterthur bleiben werden und in welcher Form auch immer in Zukunft genutzt werden können.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Damit hat der Rat die Antwort des Stadtrates im zustimmenden Sinn zur Kenntnis genommen. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.

11. Traktandum

GGR-Nr. 2007/110: Antrag und Bericht zum Postulat W. Schurter (CVP), J. Altwegg (Grüne/AL), St. Fritschi (FDP), R. Kleiber (EVP), S. Stöckli (GLP) und J. Würigler (SP) betreffend Verbesserung und Attraktivitätssteigerung der Stadtbushaltestellen

W. Schurter (CVP): Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Postulatsbericht und nimmt ihn positiv zur Kenntnis. Mit der Verabschiedung des Budgets 2010 sind die finanziellen Mittel zur Umsetzung des von Stadtbush Winterthur zusammen mit dem Tiefbauamt verabschiedeten Konzepts zur Verbesserung von Bushaltestellen genehmigt worden. Leider

dauert es noch bis 2014 bis alle Haltestellen zeitgemäss ausgerüstet sind und dem Behindertengleichstellungsgesetz genügen. Die CVP ist erfreut, dass mit der Realisierung im nächsten Jahr begonnen wird. Zudem begrüsst die CVP, dass die Abgrenzung zwischen dem Tiefbauamt und Stadtbus Winterthur in einer Leistungsvereinbarung inklusive Finanzierung geregelt worden ist. Damit sind die Aufgaben und die Verantwortlichkeiten klar zugeschrieben. In Fribourg sind die Bushäuschen aus Holz und haben sich gegen Vandalismus sehr bewährt. Diese Art von Wartehallen sollte auch in Winterthur geprüft werden. Die CVP hofft, dass die Massnahmen rasch greifen und die Bushaltestellen sukzessive attraktiver und sauberer werden. Eine erste messbare Rückmeldung wird Stadtbus Winterthur Ende 2010 erhalten, wenn die Resultate der nächsten ZVV Umfrage vorliegen.

J. Altwegg (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für die Antwort. Die Attraktivität der Bushaltestellen ist sehr wichtig. Es ist erfreulich, dass der Stadtrat in nächster Zeit mehr unternehmen will, insbesondere, dass die Haltestellen dem Behindertengleichstellungsgesetz entsprechend ausgebaut werden sollen. Das ist eine wichtige Sache. Schliesslich will in Winterthur niemand ungesetzliche Zustände. Interessiert hat die Grüne/AL-Fraktion, ob der Bericht „Neugestaltung Stadtbus-Haltestellen“ allenfalls der Sachkommission Bau und Betriebe (BBK) oder dem Gemeinderat zur Verfügung gestellt wird. Letzten Montag wurden im Rahmen des Budgets 2010 zusätzliche Massnahmen bewilligt. Die Grüne/AL-Fraktion freut sich auf entsprechende Verbesserungen.

St. Fritschi (FDP): Die FDP-Fraktion nimmt die Postulatsantwort im positiven Sinn zur Kenntnis. Niemand im Rat war überrascht, dass auch die FDP die zusätzlichen Massnahmen bewilligt hat, auch wenn Mehrkosten damit verbunden sind. Es muss mehr getan werden für die Reinigung der Bushaltestellen. Wichtig ist, dass die Haltestellen regelmässiger gereinigt und weniger Nachahmungstäterinnen und Täter animiert werden. Auch mit den anderen Massnahmen, die im Postulat erwähnt werden, ist die FDP einverstanden.

S. Stöckli (EVP/EDU/GLP): Winterthur ist unterwegs. Auch mit der Umsetzung dieses Postulats. Seit der Einreichung hat sich die Situation in der Innenstadt verbessert. Die Orientierung ist einfacher geworden, das Informationssystem funktioniert. Ausserhalb des Zentrums sieht es aber anders aus und 2014 ist noch recht weit weg. S. Stöckli möchte wissen, wie dieses Erneuerungskonzept aussieht. Zudem interessiert es sie, ob die Gratiszeitungen zur Basisausstattung der Haltestellen gehören. Die EVP/EDU/GLP-Fraktion anerkennt die Bemühungen des Stadtrates, die Haltestellen attraktiver zu gestalten und ist mit der Antwort zufrieden. S. Stöckli äussert den Wunsch, dass bei der Umgestaltung des Bahnhofplatzes nicht die Architektenträume den Vorrang haben, sondern die Bedürfnisse der Menschen, die den Bus benutzen.

W. Steiner (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. Die Fraktion begrüsst das neue Konzept der standardisierten Wartehallen, insbesondere auch die behindertengerechten Massnahmen. Mit den zusätzlichen Unterhaltsmassnahmen wird die Attraktivität der Haltestellen ebenfalls verbessert. Eine schlechte Halle ist aber immer noch besser als gar keine. Deshalb die Frage an den Stadtrat: Wann werden die Wartehallen in Hegi erstellt?

Stadtrat M. Gfeller betont, dass zwischen dem Bau und dem Betrieb der Wartehallen, das heisst der Sauberkeit, getrennt werden muss. Massnahmen zur Reinigung der Wartehallen sind mit dem Budget beschlossen worden und stützen sich auf die Leistungsvereinbarung zwischen Stadtbus und dem Tiefbau. Für den Bau von neuen Haltestellen ist im Investitionsprogramm ein Verpflichtungskredit vorgesehen. Im Laufe des Jahres 2010 wird dieser Kredit dem Gemeinderat vorgelegt. Dann kann auch der Bericht „Neugestaltung Stadtbus-Haltestellen“ diskutiert werden. Im Rahmen dieser Weisung wird der Stadtrat darlegen, in welcher Zeitreihenfolge die Haltestellen neu gebaut oder saniert werden. Die Fragen in Bezug auf Hegi können dann ebenfalls beantwortet werden. In Hegi ist die ideale Linienführung noch nicht festgelegt. Deshalb wäre es nicht so geschickt bereits Haltestellenhäuschen zu errichten. Bei der Planung der Bushaltestelle Bahnhofplatz Süd wurden die Benutzeraspekte

stark berücksichtigt. Unter den 32 Wettbewerbsprojekten waren durchaus Architektenträume dabei, die Jury hat aber einen sehr guten und benutzerfreundlichen Entscheid gefällt. Stadtrat M. Gfeller dankt für die gute Aufnahme der Antwort.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Der Rat hat das Postulat im zustimmenden Sinn zur Kenntnis genommen. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.

12. Traktandum

GGR-Nr. 2007/111: Antrag und Bericht zum Postulat P. Kyburz (SP) betreffend Einführung eines städtischen Anerkennungspreises Jugend

P. Kyburz (SP): Im Normalfall heisst es: „Tue Gutes und rede darüber“. Wenn man die Berichterstattung zum Thema Jugend verfolgt hat, dann war das Motto: „Tue schlechtes und schreibe darüber“. Deshalb ist dieser Vorschlag entstanden. P. Kyburz dankt dem Stadtrat für die Beantwortung und für die rasche und unkomplizierte Umsetzung dieser Idee. Die Stadt schafft eine wichtige Möglichkeit ein Zeichen zu setzen. Es handelt sich zwar um ein kleines Symbol, aber um ein wichtiges. Im Bereich ausserschulische Jugendarbeit werden unzählige Stunden Freiwilligenarbeit geleistet. Jugendliche und junge Erwachsene sind ausserordentlich engagiert. Darüber soll geredet werden und einmal im Jahr soll dafür ein Anerkennungspreis vergeben werden. Die Jugend ist nicht nur problematisch. Mit diesem Anerkennungspreis soll dieses Image durchbrochen werden. Einmal im Jahr kann gezeigt werden, dass viele Aspekte erfreulich sind. P. Kyburz hat einen Wunsch an die Medien. Er hofft, dass eine allfällige Preisverleihung ein grosses mediales Echo finden wird, wie das bei einer Schlägerei oder einem geplanten Botellon der Fall ist.

Ch. Denzler (FDP): Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausgewogene Antwort und nimmt sie im zustimmenden Sinn zur Kenntnis. Sie stellt ebenfalls fest, dass es wichtig ist, nicht nur in negativen Schlagzeilen über die Jugend zu berichten, auch wenn das aus Pressesicht interessant ist. Man darf das Positive ebenfalls unterstreichen. Aus dem Budget geht nicht klar hervor, ob die Erhöhung des Sammelkredits bewilligt worden ist, damit die Verleihung dieses Preises bereits im neuen Amtsjahr vorgenommen werden kann. Positiv ist der Entscheid, dass ein Preis gleichzeitig an verschiedene Personen oder Institutionen ausgerichtet werden kann. 10'000 Franken sind relativ viel. Es gibt sehr viele Institutionen und Menschen, die sich für Jugendliche einsetzen. Für die FDP ist auch ein zusätzliches privates Sponsoring nicht ausgeschlossen, das den Preis noch attraktiver machen könnte.

B. Günthard Fitze (EVP/EDU/GLP): Die EVP/EDU/GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung des Postulats. Es ist erfreulich, dass mit diesem Preis die grosse Anzahl jugendlicher anerkannt wird, die sich freiwillig engagieren. Auch die baldige Umsetzung des Anliegens ist positiv. Vieles wurde bereits gesagt. B. Günthard Fitze begrüsst, dass die Jugendkommission, die eine Vorauswahl der Preisträger treffen wird, über die Jugendszene sehr gut unterrichtet ist. Die Fraktion freut sich über das positive Signal und nimmt die Antwort im positiven Sinn zur Kenntnis.

W. Steiner (SVP): Vieles wurde gesagt, dem sich die SVP-Fraktion anschliessen kann. Auch die SVP nimmt die Antwort im positiven Sinn zur Kenntnis. Es ist erfreulich, wie schnell ein Postulat umgesetzt werden kann, ist doch noch kein Jahr vergangen seit der Einreichung. Die Ratspräsidentin hat in die Runde gegeben, dass Postulate auch zurückgezogen werden können, wenn sie überholt sind. Dieses Postulat wäre dazu prädestiniert gewesen, weil es bereits erfüllt ist.

B. Dubochet (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Bericht und für die rasche Umsetzung. Die Fraktion freut sich auf den Moment der ersten Preisverleihung. B. Dubochet hofft, dass die Medien darüber berichten werden.

Stadträtin M. Ingold dankt für die anerkennenden Stellungnahmen. Auch der Stadtrat und die Jugendkommission freuen sich. Es wird so sein, dass der Preis im nächsten Jahr ausgesetzt werden kann. Im Frühjahr 2010 wird die Jugendkommission die Vorschläge sammeln und dem Stadtrat präsentieren und im Herbst kann der Preis verliehen werden.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Das Postulat wurde im zustimmenden Sinn zur Kenntnis genommen und wird als erledigt abgeschrieben.

13. Traktandum

GGR-Nr. 2007/113: Antrag und Bericht zum Postulat U. Böni (SP) betreffend Schaffung einer Auffangstation und eines Infozentrums für Wildtiere

U. Böni (SP) dankt dem Stadtrat für die Beantwortung des Postulats. Zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung gehört auch der Bereich Ökologie. Stadtentwicklung heisst nicht einfach grenzenloses Wachstum und grenzenlose Mobilität. Eine nachhaltige Stadtentwicklung vernetzt verschiedene Bedürfnisse und gibt so einen Rahmen. Die Stadt Winterthur unternimmt einiges im Sinne der Ökologie. Die Stadt erarbeitet einen Umweltbericht und ein Naturschutzkonzept, die Stadtwälder werden nachhaltig bewirtschaftet und aufgewertet, die Stadtgärtnerei bewirtschaftet die Gründflächen im relativ naturnahen Sinn und von Zeit zu Zeit wird sogar ein Bächlein renaturiert. Dennoch lassen sich Grundsatzfragen stellen. Reichen diese Bemühungen aus? Warum verzeichnet Winterthur einen Rückgang an Brutvögeln? Igel gelten zwar nicht als bedroht, das ist aber eine subjektive Betrachtungsweise. Oder anders ausgedrückt; Glühwürmchen gelten als Gradmesser einer intakten Natur. Wer hat in den letzten zehn Jahren in Winterthur Glühwürmchen gesehen? Oder als Grundsatzfrage in Bezug auf Überbauungen der Flächen: Beissen sich modische Strömungen in der Architektur mit ökologischem Grundverständnis? Die Umgebungsgestaltung des Sidiareals erhält eher einen falschen Hasen als einen goldenen Igel. Ähnlich ist es beim Katharina-Sulzer Platz. Es gibt riesige asphaltierte Flächen und kaum Platz für Gartenbewohner wie Igel, kaum Landeplätze und Nahrung für Vögel. U. Böni fordert mehr Respekt gegenüber den Wildtieren, egal ob diese unter die Jagdverordnung fallen oder nicht.

U. Böni begrüsst, dass der Stadtrat beim Wildpark ein Informationszentrum für Wildtiere einrichten möchte. Die konkrete Wissensvermittlung an diesem Ort ist sinnvoll und spannend. Ebenfalls zu begrüssen ist, dass der Stadtrat eine Kontakt- und Anlaufstelle schaffen und damit die Situation stark verbessern möchte. Soweit nimmt U. Böni die Postulatsantwort im zustimmenden Sinn zur Kenntnis. Bezüglich Auffangstation ist die stadträtliche Antwort aber unbefriedigend. Der Stadtrat sieht die vorübergehende Pflege von Wildtieren nicht als öffentliche Aufgabe. U. Böni ist da anderer Ansicht. Immerhin will der Stadtrat aber ausnahmsweise die Pflege von Wildtieren durch Privatpersonen oder Organisationen sichergestellt wissen und die Zusammenarbeit suchen. Gibt es aber überhaupt genügend Privatpersonen und Organisationen für diese Zusammenarbeit? Gerade beim Igel ist das nicht gewährleistet. Das hat U. Böni abgeklärt. Der in der Weisung erwähnte Verein pro Igel führt keine Auffangstation und erachtet es als wichtig, dass solche existieren. Das heutige Angebot ist knapp. Der Verein Igelzentrum Zürich betreibt eine Krankenstation, ist aber vor allem in den Bereichen Information und Schulung tätig. Die Igelstation in Winterthur wird seit Jahrzehnten durch Frau Erika Heller geführt, altershalber wird dieses Angebot in einigen Jahren eingestellt werden. Gerade der Igel ist Botschafter für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Als SP Gemeinderat, als Gartenbauer mit Verständnis für die Natur und als Praktiker engagiert sich U. Böni zusammen mit anderen Leuten für dieses Thema. Vielleicht engagieren sich auch einige Ratsmitglieder. Er schlägt vor, heute den Verein Igelstation zu gründen. Damit kann gewährleistet werden, dass das Angebot in Winterthur langfristig gesichert werden kann. In diesem Sinne lässt er eine Liste zirkulieren und bittet die Ratsmitglieder sich einzutragen.

B. Dubochet (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Bericht. Auch wenn die Grüne/AL-Fraktion den Bedarf für eine Auffangstation anfänglich bejaht hat, kann sie den Argumenten des Stadtrates folgen, der aufgezeigt hat, dass diese Forderung aus gesetzgeberischer Sicht nicht ganz einfach umzusetzen ist. Die vier vorgeschlagenen Stossrichtungen des Stadtrates gehen in die richtige Richtung. Die Lebensräume der Wildtiere sind entsprechend zu respektieren. Im Weiteren wird auch der Informationsbedarf abgedeckt. Ungeklärt bleibt die Nachfolge für die Igelstation. Ein weiterer Punkt ist die Liste im Anhang der Weisung. Diese Liste sollte veröffentlicht werden, weil der grösste Teil der Bevölkerung nicht weiss, wo man sich melden muss.

S. Stöckli (EVP/EDU/GLP): Die Antwort zum Postulat liest sich fast wie ein Leitbild.

S. Stöckli zweifelt nicht am guten Willen der Forstbetriebe oder des Stadtrates. Weniger optimistisch ist sie in Bezug auf die Finanzierung des Informationszentrums beim Bruderhaus. Die Bevölkerung muss wissen, um was es geht. Deshalb wären kleine Massnahmen bereits ein Anfang. So könnte zum Beispiel die Liste mit den Tierpflege- und Auffangstationen auf die Homepage der Stadt aufgeschaltet oder eine Kontaktnummer ins Telefonbuch der Stadtverwaltung aufgenommen werden.

R. Werren (FDP): Naturverständnis hat viele Seiten. R. Werren dankt dem Stadtrat für die Antwort, mit der sie einverstanden ist, da diese sachlich und vernünftig ist. Die Jagd- und Naturschutzgesetzgebung zeigt auf, dass Jagdpächter und Wildhüter bei Unfällen mit Wildtieren hinzugezogen werden müssen. Für Igel, Mäuse und andere Tierarten, gibt es freiwillige Institutionen, die diese Aufgabe wahrnehmen. Es kann nicht Aufgabe der Stadt sein, Doppelspurigkeiten zu finanzieren. R. Werren hofft, dass der Stadtrat solche Institutionen mit einem jährlichen Beitrag unterstützen kann. Zurzeit gibt es eine Chance, dass die Igelstation von einer Privatperson übernommen wird. R. Werren freut sich, dass ein Informationsraum beim Wildpark eingerichtet und die Zusammenarbeit mit dem Naturmuseum und anderen Organisationen verbessert werden soll. Es ist nicht so, dass der Wildpark nicht mit anderen Organisationen zusammenarbeitet. Im Moment ist eine Ausstellung über den Fuchs zu sehen. In einem Film wird darüber informiert, wie mit einem Stadtfuchs umzugehen ist. Das Füttern von Füchsen ist ein Problem und ist auf ein völlig falsches Naturverständnis zurückzuführen.

R. Werren macht regelmässig Führungen durch den Wildpark – dieses Jahr waren es 45. Sie kann dabei vielen Schulkindern und Erwachsenen die verschiedenen Tierarten näherbringen. Das macht R. Werren alles gratis. Der Stadt entstehen keine Kosten. Seite 3 der Weisung sind die Angebote des Wildparkvereins aufgeführt. Der Wildpark soll auch Ort der Information sein. Es muss aber im vernünftigen Rahmen geschehen und keine zu hohen Kosten verursachen. R. Werren wird sich auch weiterhin für ein besseres Naturverständnis in der Bevölkerung einsetzen. Auch die Naturwissenschaftliche Gesellschaft arbeitet mit dem Forstamt zusammen. Eine Auffangstation für verletzte Tiere entspricht nicht dem Naturverständnis von R. Werren. Verletzte Tiere müssen entweder geschossen werden oder sie gehören ins Tierspital. Es gehört zum Naturverständnis von R. Werren, dass es manchmal besser ist, ein Tier zu erlösen. Es gibt ein gesundes Abwägen. Der Stadtrat ist mit der Zusammenarbeit mit verschiedenen Organisationen auf einem guten Weg. Die Gründung des Igelvereins ist aber eine sehr gute Idee.

H. Keller (SVP): Die Jagdaufsichtsorgane sind verpflichtet, die verletzten Tiere abzuschliessen. H. Keller ist sehr viel in der Natur. Deshalb sieht er jeden Tag Tiere – leider auch verletzte. Es ist verboten verletzte Wildtiere einzufangen. Freilebende Tiere sind zudem nicht einfach einzufangen, auch wenn sie verletzt sind. Die Jagdgesellschaft und auch das Tierspital in Zürich bestätigen, dass die meisten verletzten Wildtiere in Gefangenschaft verenden. Sicherlich muss alles unternommen, dass die Lebensräume der Wildtiere erhalten bleiben. Eine Auffangstation ist aber nicht nötig.

D. Hauser (SP) widerspricht R. Werren in Bezug auf die Stadtfüchse. Manchmal wäre es notwendig einen Stadtfuchs zu erschiessen. D. Hauser weiss, dass mit dieser Aussage keine Wählerinnen und Wähler abgeholt werden können, aber manchmal muss man die Wahr-

heit sagen. Stadtfüchse sind in einigen Quartieren ein Problem. Im Frühjahr werden die Jungfüchse von ihren Müttern im Quartier präsentiert. Das findet man niedlich. Wenn diese Füchse grösser sind, werden sie zur Plage. Es gibt kaum ein Kind in der Nachbarschaft von D. Hauser, das nicht ein Kaninchen oder ein Meerschweinchen zu beklagen hätte, das von Füchsen gerissen wurde. Die Katze von D. Hauser ist von einem Stadtfuchs angefallen und verletzt worden. Die Füchse haben im Quartier ein Lager mit gerissenen Hühnern angelegt. Die Hühnerhaltung ist nicht mehr möglich. Auch Sandkästen müssen abgeräumt werden, weil Gefahr droht mit dem Fuchsbandwurm in Kontakt zu kommen. Aus dem gleichen Grund sind die Beeren aus den Gärten nicht mehr essbar. D. Hauser ruft den Stadtrat auf, die Stadtfüchse zu dezimieren. Das würde den Stadtbewohnern dienen.

U. Böni (SP): Wenn er der Rhetorik von D. Hauser folgen wollte, müssten vor allem Katzen geschossen werden, weil sie Brutvögel fangen. R. Werren hört einfach nicht zu. Auch die vielen Worte nützen nichts. U. Böni macht zusammen mit anderen Leuten genau das, was R. Werren fordert. Es wurde eine Privatinitiative gestartet. Der Verein pro Igel hat zum Ziel, die Igelstation zu erhalten.

R. Werren (FDP) ist ebenfalls der Meinung, dass solche Füchse geschossen werden sollten. Störend ist aber das falsche Naturschutzdenken. Zuerst werden die Füchse gefüttert und anschliessen muss man sie schießen.

Stadtrat M. Gfeller: Es ist tatsächlich so, dass der Rückgang der Brutvögel in Winterthur bedenklich ist. Das hängt wahrscheinlich mehr mit der Entwicklung in der Landwirtschaft zusammen als mit der Entwicklung im Siedlungsgebiet. Es wird nicht einfach sein, die geschützten Arten zu erhalten. Dieser Schutz ist aber tatsächlich eine öffentliche Aufgabe. Der Igel ist nicht geschützt und auch nicht vom Aussterben bedroht. Er ist ein Kulturfolger. Dass es den Igeln nicht so schlecht geht, wird von Biologen bestätigt. Der Igel hat aber eine didaktische Bedeutung und kann Kindern den Bezug zur Natur lehren. Wenn sich für die Pflege von kranken oder verletzten Igeln ein privater Verein konstituiert, dann hat dieser die ideelle aber nicht in erster Linie die finanzielle Unterstützung des Stadtrates. Die Aufgaben der Öffentlichkeit und die Aufgaben von privaten Vereinen müssen klar getrennt werden. Der Stadtrat hat in Aussicht gestellt die umfassende Liste der Tierpflege- und Auffangstationen zu veröffentlichen. An dieser Liste fällt auf, dass die Stationen oft ausserhalb von Städten liegen. Das ist vielleicht für das Bringen von verletzten Tieren nicht ideal hängt, aber damit zusammen, dass die Landbevölkerung die besseren Bedingungen vorfindet und auch der Bezug besser ist. Wichtig ist, dass die Kontakte spielen und die Adressen bekannt sind. Der Stadtrat will im Bruderhaus die notwendigen Informationen bereitstellen. Stadtrat M. Gfeller dankt für die positive Aufnahme der Postulatsantwort.

P. Fuchs (SVP), persönliche Erklärung: Aus Eigeninteresse ist P. Fuchs dagegen, dass Füchse erschossen werden. Die Gefahr, die vom Fuchsbandwurm ausgeht, wird enorm übertrieben. Wenn man auf dem Markt Beeren kauft, dann kommen die von einer Kultur auf dem Land. Diese Kulturen sind nicht hermetisch eingezäunt.

Ch. Denzler (FDP) kann diese Aussage nicht verstehen. Der Fuchsbandwurm kann für Menschen tödlich sein. Er befällt die Leber, die dann teilweise entfernt werden muss. Wenn diese Operation nicht gelingt, braucht es eine Lebertransplantation.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Damit hat der Rat vom Postulat im zustimmenden Sinn Kenntnis genommen. Das Postulat ist abgeschrieben.

14. Traktandum

GGR-Nr. 2008/008: Antrag und Bericht zum Postulat D. Schraft (Grüne/AL), R. Wirth (SP), S. Stöckli (GLP) und R. Kleiber (EVP) betreffend Projekt für den Road Pricing-Versuch

D. Schraft (Grüne/AL) würde lügen, wenn sie sagen würde, dass sie von der Antwort des Stadtrates überrascht sei. Trotzdem ist sie enttäuscht. Vor allem ärgert sie sich über die Formulierung des Postulats. Vom Stadtrat wird verlangt, dass er ein Projekt erarbeiten soll, um sich am Versuch des Bundes zu beteiligen. Damit wurde das Postulat zu eng gefasst. Die Schaffung der Voraussetzungen für einen Versuch mit Road Pricing, ist im Sommer 2008 von Stände- und Nationalrat aus der Legislaturplanung gestrichen worden. In der Postulatsantwort legt der Stadtrat dar, dass das UVEK trotzdem am Gesetzesentwurf für die Durchführung eines befristeten Versuchs für Road Pricing in den Städten festhält. Das Road Pricing ist also nicht gestorben. Eine Studie aus dem Jahr 2005 hat gezeigt, dass in Winterthur mit Road Pricing oder ähnlichen Massnahmen eine deutliche Verkehrslenkung und eine Verminderung des Verkehrs erreicht werden kann. Das würde auch eine Erhöhung der Verkehrssicherheit, eine Reduzierung des Schadstoffausstosses und weniger Stau mit sich bringen. Die Kosten wurden 2005 mit ca. 50 Millionen berechnet. Das ist viel Geld. Aber es wären Kosten, die entstehen würden, wenn Winterthur im Alleingang Road Pricing einführen würden. Die Technik macht rasante Fortschritte. D. Schraft ist überzeugt, dass diese Kosten heute bereits weniger hoch ausfallen würden. Die 18 Millionen jährliche Kosten, verglichen mit dem erwarteten Erlös von 5 Millionen, stehen aber in keinem Verhältnis. Aber auch dieses Verhältnis wird sich rasch ändern, weil die Kosten sinken werden und weil der Schaden, der durch den Verkehr entsteht, immer grösser wird. In 10 Jahren ist Road Pricing ein volkswirtschaftlicher Gewinn.

Unter Ziffer 5 der stadträtlichen Antwort kann D. Schraft ein gewisses Wohlwollen des Stadtrates feststellen. Der Stadtrat erklärt, dass zuerst gewisse Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um direkte Korrelationen zwischen gemessener Verkehrswirkung und Versuchsanordnung herstellen zu können. D. Schraft ist gespannt auf die Semesterarbeit der ZHAW. Der Stadtrat erklärt, dass mittelfristig die Voraussetzungen für Road Pricing gegeben sein werden. D. Schraft hätte dem Stadtrat mehr Mut gewünscht. Er hätte die Postulatforderungen etwas weiter verstehen und eine Form von Road Pricing ins Auge fassen können. Der Leidensdruck in Winterthur ist im Moment aber zu gering. Muss aber wirklich gewartet werden, bis die Stadt im Verkehr erstickt? Ausserdem braucht es eine lange und sorgfältige Vorbereitung um Road Pricing einzuführen. Es wäre jetzt Zeit damit zu beginnen. Die Grüne/AL-Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrates zustimmend zur Kenntnis und wird keinen Ergänzungsbericht fordern – sie macht das aber ungern.

R. Wirth (SP): Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die wertvollen Präzisierungen. Die Fraktion sieht ein, dass es bis zu einem Versuch mit Road Pricing noch einige Problem zu lösen gibt. Die Verkehrsprobleme müssen jetzt mit anderen Instrumenten gelöst werden. Verbote sind häufig einfacher zu verstehen als Lenkungsmechanismen über Abgaben. Deshalb wird es noch eine Weile dauern bis Road Pricing eingeführt werden kann. Auch der grosse Kontrollaufwand und die Kosten für technische Installationen haben in der SP dazu geführt, dass die Antwort im zustimmenden Sinn zur Kenntnis genommen wird. Ein Kritikpunkt ist die Schätzung des volkswirtschaftlichen Nutzens auf 5 Millionen. R. Wirth bezweifelt, dass eine Schätzung überhaupt möglich ist. Es ist anzunehmen, dass viel mehr Leute auf den öffentlichen Verkehr umsteigen werden. Das würde dazu führen, dass die Ziele erreicht werden – nämlich weniger Unfälle, bessere Luft und freie Fahrt für alle die bezahlen. Die SP hofft, dass der Stadtrat seine Verantwortung mit anderen Instrumenten wahrnimmt. Es braucht eine vernünftige Lösung für die Innenstadt. Die SP denkt vor allem an Parkplatzbewirtschaftung. Dieses Thema wird mittelfristig wieder auf der Traktandenliste stehen. Die SP ist bereit, entsprechend zu agieren.

S. Stöckli (EVP/GLP): Unsere Lebensweise basiert auf Mobilität. Das bringt Vorteile, aber die Infrastruktur und die Wartezeiten kosten. Der motorisierte Individualverkehr (MIV) und der öffentliche Verkehr (ÖV) sind gleichermassen betroffen. Zwar sind die Finanzierung des Verkehrsnetzes und die Verkehrslenkung zwei Paar Schuhe. Aber beide haben Löcher und Lösungen sind nicht einfach. Wenn Road Pricing im Moment nicht machbar ist, müssen andere Lösungen gesucht werden, wenn man vorwärts kommen will. Aber auch das ist nicht einfach. S. Stöckli erwartet vom Stadtrat, dass er die Entwicklungen beobachtet und Lösungen sucht, damit Winterthur bereit ist, wenn die Signale von orange auf grün umgestellt werden. Die EVP und die GLP nehmen die Antwort des Stadtrates positiv zu Kenntnis.

M. Wenger (FDP): Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Bericht. Die FDP ist froh, dass sich der Stadtrat gegen einen Road Pricing-Versuch stellt. Road Pricing ist ein gutes Beispiel, wie Staatsaufgaben und Gebühren aufgeblasen werden können. 50 Millionen Investitionen, 18 Millionen laufenden Aufwand und keine Akzeptanz in der Bevölkerung, der Wirtschaft und der Politik. Dem gegenüber steht eine Verkehrsreduktion von 10 bis 20 % und einen volkswirtschaftlichen Nutzen von 5 Millionen. Diese Resultate sind nicht überraschend und waren zu erwarten. Die FDP nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

W. Steiner (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die eindeutige Antwort und nimmt den Bericht positiv zur Kenntnis. Vor allem die zu erwartenden Kosten sind immens. Die Stadt kann Road Pricing nicht im Alleingang durchführen. Ein Bericht im Fernsehen hat gezeigt, dass Mobility Pricing in einzelnen europäischen Ländern bereits eingeführt wurde. Die Einführung müsste aber landesweit erfolgen. Ob ein solches System allenfalls auch in der Schweiz eingeführt werden kann, muss die Politik bestimmen. Diese Möglichkeit könnte für die Zukunft in Betracht gezogen werden.

W. Schurter (CVP): Die CVP dankt dem Stadtrat für den Bericht und nimmt das Fazit im zustimmenden Sinn zur Kenntnis. Road Pricing ist allein für Winterthur volkswirtschaftlich nicht sinnvoll. Zudem fehlt die rechtliche Basis. Deshalb ist es richtig, dass der Stadtrat keine Vorbereitungen für ein Pilotprojekt trifft. Der Bundesrat hat am 3. November 2009 die Diskussion um eine zukünftige Mobilitätsabgabe lanciert. Zur Finanzierung des nationalen Infrastrukturnetzes sind mittel- bis langfristig neue Finanzierungsquellen nötig. In den nächsten 20 Jahren werden Ausbau und Unterhalt von Strasse und Schienen in der Schweiz bis zu 135 Milliarden kosten. Mit den heutigen Finanzierungsmöglichkeiten ist das nicht machbar. Das wird auch Auswirkungen auf den Verkehr in und um Winterthur haben. Sowohl auf der Schiene wie auf der Strasse sind Kapazitätsengpässe zu verzeichnen, sodass für beide Verkehrsträger Ausbauten und intelligente Systeme notwendig sein werden.

H. Iseli (EDU): Auch die EDU nimmt positiv von diesem Bericht Kenntnis. Das Postulat hat in der Fraktion zu Diskussionen geführt. H. Iseli hat mit Freude festgestellt, dass der Stadtrat zur Kenntnis genommen hat, dass die rechtlichen Grundlagen für den vorgeschlagenen Versuch fehlen. Ebenfalls erfreulich ist, dass der Stadtrat seine Strategie fortführen will – nämlich die Bewirtschaftung von Parkplätzen, Bewilligungspraxis etc. Dieses Potential soll weiter optimiert werden. Für die EDU ist es wichtig, dass die Probleme nicht einseitig betrachtet werden. Der ÖV soll nicht einfach gefördert werden, auch die Qualität muss miteinbezogen werden. Road Pricing ist im Moment reines Wunschdenken – H. Iseli hofft, dass es noch lange so bleibt, weil er kein Freund dieser Idee ist.

Stadtrat W. Bossert dankt für die insgesamt sehr positive Aufnahme des Berichts. Auch wenn die eine Ratshälfte den Bericht bedauernd, aber realistisch positiv aufgenommen hat und die andere Ratshälfte beglückt positiv. Wichtig ist die positive Kenntnisnahme.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Mit diesen Voten hat der Rat den Bericht des Stadtrates im zustimmenden Sinn zur Kenntnis genommen. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.

15. Traktandum

GGR-Nr. 2008/018: Antrag und Bericht zur Motion B. Dubochet (Grüne/AL), R. Wirth (SP), M. Hollenstein (CVP), R. Kleiber (EVP/EDU/GLP) und M. Stutz (SD) betreffend Potentialabklärung und Nutzung Geothermie

B. Dubochet (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Bericht und ist damit zufrieden. Aufgrund der heutigen Ausgangslage kann man davon ausgehen, dass die Nutzung der Tiefengeothermie in der Region Winterthur möglich ist. Es stellt sich nicht die Frage, ob eine Anlage gebaut wird, sondern wo diese Anlage zu stehen kommt und welche Technologie eingesetzt wird. Auch die Strategie für eine maximale Stromgewinnung ist sinnvoll, weil der Strom in Zukunft an Bedeutung gewinnen wird. Die optimale Wärmenutzung darf aber nicht vernachlässigt werden. Winterthur benötigt nach wie vor sehr viel Wärme und verfügt über ein gutes Fernwärmenetz. Zudem erhöht die Nutzung der Abwärme die Rentabilität der Anlage. Weil es klar ist, dass eine Geothermieranlage irgendwann gebaut wird, ist es wichtig, dass die Finanzierung geregelt wird. Im Bericht ist die Rede von ca. 120 Millionen, die für eine Geothermieranlage, die Strom und Wärme produziert, aufgewendet werden müsste. Die Grüne/AL-Fraktion will nicht, dass es zu Verzögerungen kommt, weil das Geld nicht rechtzeitig bereitgestellt wurde. Stadtwerk soll eine führende Rolle in Bezug auf die Geothermie übernehmen. Andere Städte wie Zürich oder St. Gallen sind bereits weiter. Winterthur produziert kaum eigenen Strom. Mit Geothermieranlagen kann diese Situation stark verbessert werden. B. Dubochet erinnert an die Diskussionen um Ocean Breeze und weist darauf hin, dass Geothermieranlagen lokal realisiert werden können. Damit werden auch Arbeitsplätze geschaffen. Er hofft, dass die Ratsmitglieder die Realisierung einer Geothermieranlage unterstützen werden, wenn es soweit ist.

R. Wirth (SP): Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Bericht und ist erfreut, dass der Stadtrat die energiepolitische Bedeutung der Geothermie erkannt hat. Inhaltlich hat B. Dubochet bereits vieles gesagt. Die SP freut sich auf das Ergebnis der Machbarkeitsstudie. Ob eine Geothermieranlage realisiert werden kann, weiss man erst nach den entsprechenden Bohrungen. Die SP hofft das Beste.

K. Brand (CVP): Die CVP dankt dem Stadtrat für den Bericht. Geothermie als Alternative zu fossilen Brennstoffen ist aufmerksam zu verfolgen und zu fördern. In Winterthur sind bereits viele Anlagen auf privater Basis in Betrieb. Damit zeigt die Bevölkerung, dass sie in Bezug auf den Umweltschutz sensibilisiert ist. Mittlerweile ist die Heiztechnik mittels Wärmepumpen und Erdsonden praxisorientiert und kann am Markt eingekauft werden. Grössere Vorhaben sollten nicht nur von der Stadt, sondern auch von Kanton und Bund unterstützt werden. Der Technopark könnte sicherlich mit eingebunden werden und für die Stadt und die Geothermie einen Gewinn bringen.

L. Banholzer (EVP/EDU/GLP): Die EVP/EDU/GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Bericht zur Motion. Geothermie könnte die Energiegewinnung der Zukunft sein. Vieles ist aber noch Theorie und es braucht weitere Abklärungen. In welchem Umfang man in Zukunft mit der Stromgewinnung aus Geothermie rechnen kann, ist noch nicht bekannt. Geothermie würde im Gegensatz zu den anderen alternativen Energiearten Bandenergie liefern, wäre lokal produzierbar, CO² neutral und wirtschaftlich. Das sind gute Gründe Geld in die Entwicklung zu stecken. Die Machbarkeitsstudie ist ein erster Schritt. Die Fraktion ist zufrieden, dass Stadtwerk gewillt ist in die neue Technologie zu investieren. Die EVP/EDU/GLP-Fraktion unterstützt die Erheblicherklärung der Motion und ist gespannt auf das Resultat der Studie.

M. Stutz (SD) dankt dem Stadtrat für den Bericht. Die vorgesehene Machbarkeitsstudie wird weitere Erkenntnisse über diese Technologie liefern. Die Vorredner haben bereits vieles gesagt. Dass Basel die Versuche eingestellt hat, ist aber doch beeindruckend.

St. Fritschi (FDP): Die FDP-Fraktion nimmt den Bericht positiv zur Kenntnis. Geothermie ist eine interessante Technologie. Es ist zu hoffen, dass aufgrund der Machbarkeitsstudie das Risiko nicht gleich hoch eingeschätzt wird, wie in Basel. Mit dieser Studie können hoffentlich auch die Kosten minimiert und mit weniger Investitionen die Risiken abgeklärt werden. Auch für Winterthur ist die Energieversorgung zentral, deshalb ist die Machbarkeitsstudie wichtig.

W. Steiner (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Bericht zur Motion. Dass ein grosses theoretisches Energiepotential in der Nutzung der Erdwärme besteht, ist unbestritten. Leider ist die Nutzung dieser Energie noch sehr wenig erprobt. Die Stadt Winterthur kann eine Geothermieanlage zurzeit nicht allein finanzieren. Trotzdem ist die SVP auf das Ergebnis der Machbarkeitsstudie gespannt.

Stadtrat M. Gfeller muss die Vorfreude etwas dämpfen. Die Entwicklungszeit für ein Geothermiekraftwerk muss mit 10 vielleicht auch mit 15 bis 20 Jahren angesetzt werden – falls sich im Raum Winterthur überhaupt ein geeigneter Standort finden lässt. Deshalb ist es wichtig, dass in nächster Zeit alle Möglichkeiten geprüft werden. Das Potential für Geothermie ist wesentlich schwieriger auszumachen, als das Potential für Windenergie und lässt sich ausschliesslich durch Bohrungen bestimmen. Die Wirtschaftlichkeit dieser Energiegewinnung ist noch völlig offen und hängt stark davon ab, ob die Fernwärme genutzt werden kann. Das Winterthurer Fernwärmenetz ist für diese Anwendung zu klein und müsste massiv ausgebaut werden. Die Wärmeabnahme der einzelnen Häuser nimmt mit der besseren Isolierung ständig ab. Tiefengeothermie zur Stromerzeugung zu nutzen, bedeutet auch, dass die Wärme nutzbar gemacht werden muss. Es wird eine anspruchsvolle Aufgabe sein, die richtige räumliche Anordnung einer Anlage zu finden. Auf das Resultat der Machbarkeitsstudie ist Stadtrat M. Gfeller gespannt. Diese Studie soll vor allem den kantonalen Bericht verfeinern. Dieser Bericht sagt aus, dass die Voraussetzungen nördlich von Winterthur positiv eingeschätzt werden. Das könnte ein Hinweis sein, das Fernwärmenetz Richtung Oberwinterthur und Seuzach auszubauen. Aber es braucht noch viel Arbeit. Stadtrat M. Gfeller dankt für die positive Aufnahme des Berichts.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Es wurden keine anderslautenden Anträge gestellt. Der Rat hat somit den stadträtlichen Anträgen zugestimmt, die Motion erheblich erklärt und als erledigt abgeschrieben.

16. Traktandum

GGR-Nr. 2008/030: Antrag und Bericht zum Postulat U. Dolski (CVP), R. Werren (FDP), M. Stutz (SD), N. Gugger (EVP/EDU/GLP) und Ch. Kern (SVP) betreffend Sauberkeit im öffentlichen Stadtraum

G. Bienz (CVP): Die CVP anerkennt die in der Berichterstattung aufgeführten Bemühungen seitens des Stadtrates, des Strasseninspektorates, der Arbeitsgruppe Sauberkeit und der städtischen Mitarbeitenden, welche dafür sorgen, dass der Sauberkeit im öffentlichen Stadtraum ein grosses Gewicht beigemessen wird. Die CVP nimmt die Antwort des Stadtrates jedoch in kritisch positivem Sinne zur Kenntnis. Zu Ziffer 1, Ausgangslage: Auch die CVP sieht, dass es sich beim Littering nicht um ein einfaches Abfallproblem, sondern um ein gesellschaftliches, von unrühmlichen Trends geprägtes Problem handelt. Der etwas resignierend wirkenden Aussage des Stadtrates der „beschränkten Einflussmöglichkeiten“ möchte die CVP jedoch gegenüberstellen, dass es der Möglichkeiten viele beziehungsweise weitere gäbe – wenn Aufwand, Kosten und die Reaktionen gewisser Kreise nicht gescheut würden. Der aufgeführte jährliche Kostenaufwand von 9 Millionen Franken vermag zwar auf der Kostenseite im Vergleich zu anderen Städten zu überzeugen. Wie effektiv die Mittel eingesetzt worden sind, deuten andererseits die Befragungsergebnisse mit den Bewertungen „mehr oder weniger zufrieden“ bis „gut“ oder „knapp ungenügend“ an. Für den Stadtrat liegen die Resul-

tate zwar im Rahmen des Erwarteten – grosse Teile der Bevölkerung hätten aber lieber ein saubereres Winterthur.

Zu Ziffer 3, Spezielle Massnahmen: Die CVP begrüsst das Massnahmenpaket, welches für 2009/2010 geschnürt worden ist. Saubere Bushaltestellen, die Erneuerung der Abfallkübel in der Innenstadt, Aussichten auf Verbesserung im Raum Hauptbahnhof mit der Realisierung der Masterplanprojekte, die Erneuerung der Separatsammelstellen, die organisierten Aufräumtrupps der Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP) sowie Absprachen mit privaten Ordnungskräften werden das ihre zu mehr Sauberkeit beitragen. In wieweit der runde Tisch "Littering" nicht nur wie erwähnt die Möglichkeiten für Anreize und freiwillige Massnahmen überprüft, sondern auch die Take-Away-Betriebe und Grossverteiler an das Verursacherprinzip erinnert und sie in die Pflicht nimmt, ist für die CVP noch nicht geklärt. Ebenfalls Handlungsbedarf sieht die CVP in der Zusammenarbeit mit privaten Grundeigentümern sowie Kanton und Bund, welche ebenfalls mehr zum Stadtbild beitragen müssten. Reinigungsarbeiten könnten seitens der Stadt ausgeführt und den betroffenen Grundeigentümern verrechnet werden. Die präventiven Massnahmen nimmt die CVP im positiven Sinne zur Kenntnis. Hier wird sehr viel Sinnvolles getan.

Ziffer 4 Repressive Massnahmen: Hier geht es der CVP vor allem darum, Zeichen zu setzen. Das, wie der Stadtrat betont, „nicht scharf definierte Ziel“ war absichtlich so gehalten, um den Stadtrat in seiner Antwort nicht allzu sehr einzuengen. Der CVP ist bewusst, dass das Verteilen von Bussen bei jedem kleinen Verstoss weder sinnvoll noch aufgrund begrenzter personeller Ressourcen umsetzbar ist. Es ist jedoch wichtig, dass der Bevölkerung bewusst wird, dass Littering weder geduldet, noch trendig, noch ein Kavaliersdelikt ist und in der Stadt Winterthur nicht erwünscht ist. Insbesondere ältere Jugendliche – welche notabene die präventiven Massnahmen seit Kindheit durchlaufen haben – sollen nicht mehr nur zum Thema Littering sensibilisiert werden, sondern ab und zu – wenn sie nicht einsichtig sind - durch massvolle Bussen angehalten werden, dem Winterthurer Boden Sorge zu tragen. Art. 29 der Allgemeinen Polizeiverordnung sieht bereits Bussen bei Verstössen gegen das Polizeigut „Sauberkeit des öffentlichen Raums“ vor. Diese Bussen werden aufgrund von Verzeigungen erlassen und haben neben der Busse auch Kosten zur Folge. Solche Widerhandlungen sollten aber auch im vereinfachten und deshalb kostenlosen Ordnungsbussenverfahren geahndet werden können. Deshalb unterstützt die CVP den Antrag der Motion 2008/080 betreffend der Einführung eines kommunalen Ordnungsbussenverfahrens. Das Fazit der CVP fällt wie folgt aus: Es wird viel getan, damit Winterthur „kei gruusigi Stadt isch“, dennoch besteht noch einiger Handlungsbedarf in Bezug auf Sauberkeit im öffentlichen Raum, damit sich alle wirklich wohl fühlen können.

R. Werren (FDP): Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort mit der die Fraktion einverstanden ist. Die Antwort zeigt, was die Stadt alles für die Sauberkeit unternimmt. Die FDP dankt den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Fazit: Es ist nicht die Stadt, welche die Unordnung verursacht, sondern ein Teil der Bevölkerung. Die gleiche Bevölkerung will eine saubere Stadt. R. Werren ist froh, dass der Stadtrat die Einführung von Ordnungsbussen für Littering und allenfalls für Spucken in Betracht zieht. Solche Bussen haben – in Anbetracht der knappen Ressourcen – nicht oberste Priorität. Es handelt sich aber um präventive und wirkungsvolle Massnahmen. R. Werren erhält immer wieder Zustimmung für ihren Antrag, das Spucken zu büssen. Von einer ehemaligen Gemeinderätin hat R. Werren folgende Mitteilung erhalten, mit der Bitte, diese heute einzubringen: „Mit Interesse habe ich die Antwort des Stadtrates auf den Vorstoss bezüglich Littering gelesen und was er dagegen zu tun gedenkt. Einmal mehr stelle ich fest, dass es dem Stadtrat vorwiegend ein Anliegen ist, die Altstadt sauber zu halten und die Grünanlagen. Ein Gebiet, das ebenso sehr wie die Innenstadt und der Bahnhofsbereich durch Littering belastet ist, ist das Neuwiesenquartier. Auf der Schützenwiese und in den Eulachhallen finden stets viele Veranstaltungen statt und nach jeder Veranstaltung liegen in dem Gebiet zwischen diesen Anlagen und der Wülflingerstrasse grosse Mengen von Tetrapackungen, Aludosen, Petflaschen sowie Papierabfälle einerseits auf dem Trottoir, in den Strassenrinnen und in den Rabatten und andererseits vor allem auch in den offenen Randzonen der Vorgärten. Es kann nicht sein, dass Private in ihren Vorgärten den Dreck wegräumen müssen, wenn diese öffentlich erreichbar sind und der Litteringcharakter des Abfalls klar erkennbar ist. Es wäre meines Erachtens an

der Zeit, dass das Strasseninspektorat auch dieses Gebiet als Problemzone erkennen und in seine Massnahmen zur Sauberhaltung mit einschliessen würde.“ Diese Aussage kann R. Werren unterstützen. Sie dankt dem Stadtrat, dass er weiter am Ball bleibt. Winterthur ist eine Kulturstadt, die gute Steuerzahler und Unternehmungen anlocken soll. Es braucht die angekündigten Bussen dringend.

M. Stutz (SD) dankt dem Stadtrat für den Bericht zum Postulat. Die Pächter der Pünten am Rennweg sind ebenfalls stark betroffen, weil es Leute gibt, die Schäden anrichten. Unter Ziffer 5 ist erwähnt, dass Jugendliche oft nur schwer für diese Problematik zu sensibilisieren sind. Aus der Sicht von M. Stutz hat das mit der Erziehung zu tun. Die Eltern sind dafür verantwortlich.

N. Gugger (EVP/EDU/GLP): Die EVP/EDU/GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Postulatsantwort. G. Bienz hat die Ausgangslage bereits erläutert. Im Moment findet eine Verwilderung in der Gesellschaft statt, dementsprechend muss die Stadt Winterthur 9 Millionen ausgeben. Im Budget 2010 sind neu 300'000 Franken eingestellt, um Ordnung zu halten. Das heisst, es müssen drei neue Stellen geschaffen werden. Es wäre zu überlegen, ob für Gratisanzeiger, Mc Donald und Burger King nicht eine Gebühr erhoben werden soll, weil sie im öffentlichen Raum Waren verteilen, die zu Littering führen können. Die Kosten für die Abfallbeseitigung muss jetzt der Steuerzahler tragen. Die EVP/EDU/GLP-Fraktion begrüsst es, dass der Stadtrat Grenzen setzen will. Es ist unpopulär zum Thema Littering ein Ordnungsbussen-Konzept zu erstellen. Trotzdem begrüsst die Fraktion dieses Vorgehen. Uneinsichtige sollen mit einer Busse belegt werden können. Das steht mit diesem Postulat zur Diskussion. EVP/EDU/GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat für sein Engagement für eine saubere und lebenswerte Stadt.

Ch. Kern (SVP): Es ist wirklich sehr ärgerlich, wenn man sieht, was alles in den Parkanlagen herumliegt. Die Ratsmitglieder haben von O. Seitz gehört, was man an einem Samstag- oder Sonntagvormittag alles antreffen kann. Grundsätzlich könnte man sich überlegen, ob man die Verteiler von Waren bestrafen und eine neue Gebühr erheben soll. Schlussendlich ist aber der Verursacher der Sauerei derjenige, der die Waren an den Bushaltestellen oder in Parkanlagen liegen lässt und nicht der Verkäufer. Deshalb müsste man diese Massnahmen sehr weit fassen. Besser ist es, die Verursacher zu bestrafen. Zu den Ordnungsbussen wird sich J. Lisibach noch äussern.

E. Wettstein (SP): Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Bericht. Die Ordnung und Sauberkeit im öffentlichen Raum ist auch E. Wettstein und der SP wichtig. Die Stadt wendet jährlich 9 Millionen auf, um Strassen und Plätze sauber zu halten. Das ist nicht wenig. Auch der Bevölkerung ist eine saubere Stadt wichtig. Das Konsum- und Freizeitverhalten läuft diesen Bestrebungen entgegen. Die Anbieter von Fastfood sollten mehr in die Pflicht genommen werden. Denn je mehr überflüssige Verpackungen verwendet werden, desto grösser wird die Unordnung. Wie sähe es wohl aus, wenn einmal eine Woche lang nicht gereinigt würde? Es wäre spannend, das zu beobachten. Erst dann sähe man, was die fleissigen Mitarbeitenden des Strasseninspektorats alles wegräumen. Auch an den Schulen ist die Ordnung nach der Pause ein Dauerthema. Man frage sich manchmal, ob in der Erziehung etwas falsch gelaufen ist. Die Sauberkeit wird ein Dauerthema bleiben. Es ist einfach zu glauben, Strafen lösen alle Probleme. E. Wettstein ist da skeptisch. Die SP-Fraktion nimmt die Antwort im positiven Sinn zur Kenntnis.

D. Berger (Grüne/AL): Auch die Grüne/AL-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. Die öffentliche Sauberkeit ist in der Schweiz ein Dauerbrenner. Es kann nicht genug sauber sein. Diesem Bedürfnis der Bevölkerung muss Rechnung getragen werden. Heute wurde an verschiedenen Beispielen aufgezeigt, wer alles von der Unordnung betroffen ist. Es wird ganz allgemein mehr Sauberkeit gefordert. Massnahmen: Zu den betrieblichen Massnahmen gibt es nicht viel zu sagen, das wurde bereits behandelt. Die Situation am Bahnhof soll mit dem Masterplan besser werden. Diese Aussage ist nicht sehr konkret und der Masterplan ist noch immer eine Wundertüte. D. Berger möchte wissen, ob der Stadtrat über die

Abfallsituation am Bahnhof neue Informationen geben kann. Es ist richtig, dass man sich mit den privaten Bewachungsfirmen abspricht, und dass sie sich an den Brennpunkten zeigen. Durch diese Präsenz wird weniger weggeworfen. Auch über das Verteilen von Bussen hätte die Grüne/AL-Fraktion gerne konkretere Angaben. Positiv ist, dass mit den kommerziellen Abfallverursachern Vereinbarungen getroffen werden sollen. Nicht nur anhand von Werbetafeln kann man sehen, dass ein Mc Donald in der Nähe ist, sondern auch am zunehmenden Abfall. Das ist auch ein Problem des Verkäufers. Sicher, der Konsument wirft die Verpackung weg. Aber unsinnig viel Verpackung erhöht das Risiko. Es ist durchaus legitim, Druck auf die Verkäufer auszuüben. Zu den präventiven Massnahmen gibt es nicht viel zu sagen. D. Berger findet, dass es in der Altstadt zu wenig Abfallkübel gibt. Die Grüne/AL-Fraktion wird sich zu den Ordnungsbussen später äussern, um diese Diskussion nicht doppelspurig zu führen.

N. Gugger (EVP/EDU/GLP): Das eine tun und das andere nicht lassen. Wichtig ist, dass auch der Verkäufer eine Verantwortung hat.

Stadtrat W. Bossert dankt für die positive Aufnahme des Berichts. Die Diskussion hat gezeigt, dass es sich um ein schwieriges Problem handelt. Die Stadt gibt sehr viel Geld aus für die Sauberkeit. Stadtrat W. Bossert bedauert, dass das notwendig ist. Es gibt aber auch Grenzen sowohl in Bezug auf die Kosten, wie auch auf die Anzahl der Abfallkübel. Man meint, es sei sauberer, wenn es mehr Abfallkübel gibt. Das ist aber nicht bewiesen. Es gibt auch neue Phänomene. Die Leute fahren mit dem Auto an einen Take away und werfen die Verpackung irgendwo auf die Strasse. Die Anbieter von Fast Food werden verpflichtet den Abfall in der Umgebung des Geschäfts zu beseitigen und die Abfallkübel zu reinigen. Es ist auch für die Privaten ärgerlich, dass nach Veranstaltungen jeweils sehr viel Abfall zurückbleibt. Stadtrat W. Bossert kennt das Neuwiesenquartier gut und weiss um die Probleme. Die Stadt kann aber nicht soweit gehen und auch noch die Gärten aufräumen. Die Einflussmöglichkeiten sind wirklich beschränkt. Es kommt nicht gut an, wenn der Stadtrat die Leute nacherziehen will. Stadtrat W. Bossert hofft, dass die Ordnungsbussen eine Wirkung haben. Man darf das aber nicht überschätzen.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Der Rat hat vom Bericht zum Postulat im zustimmenden Sinn Kenntnis genommen. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.

17. Traktandum

GGR-Nr. 2008/047: Antrag und Bericht zum Postulat St. Fritschi (FDP) betreffend Erhalt der Parkplätze bei der Milchrampe

St. Fritschi (FDP): Die FDP beantragt, dass dieser Postulatsbericht nicht zustimmend zur Kenntnis genommen wird. Sie ist enttäuscht von dieser Antwort. Vor beinahe einem Jahr ist in diesem Rat darüber diskutiert worden, dass für Bahnbenutzer und -Benutzerinnen eine gute Anbindung an den motorisierten Individualverkehr wichtig ist. Viele Bahnreisende sind auf das Auto angewiesen, weil sie viel Gepäck dabei haben. Für Kinder, die in ein Ferienlager reisen oder für ältere Leute, gilt das im besonderen Masse. Die FDP hat damals von Stadtrat W. Bossert zur Antwort erhalten, dass die geforderten Kurzzeitparkplätze im Gestaltungsplan bereits bewilligt sind und, dass mit diesen Forderungen offene Türen eingearbeitet werden. Im Gestaltungsplan waren diese Kurzzeitparkplätze tatsächlich auch eingezeichnet. In der Antwort wird jetzt überraschend ausgeführt, dass die Kurzzeitparkplätze nicht mehr am ursprünglichen Ort geplant sind. Damit wird die Postulatsforderung missachtet. Der Standort der Parkplätze auf dem Grundstück Kat.-Nr. 1/8947, in der Nähe der Büros des TCS kurz vor der Unterführung nach Wülflingen, ist völlig ungeeignet. Damit wird der Zweck nicht erfüllt. Man kann sich vorstellen, was passiert, wenn die Kinder an einem Samstag mit viel Gepäck ins Ferienlager verreisen. Die Kinder müssen dann mit viel Gepäck

den Weg bis zum Bahnhof allein zurücklegen. Auch für Gehbehinderte ist das nicht zumutbar.

Die Kurzzeitparkplätze waren vor Baubeginn direkt bei der Milchrampe. Jetzt, in der Bauphase, gibt es gar keine Kurzzeitparkplätze mehr. Trotzdem halten viele Autos direkt vor dem Bahnhof – auch wenn in der Postulatsantwort steht, das Halteverbot werde eingehalten. An Samstagen herrscht oft ein Chaos. Das wird auch in Zukunft so bleiben, wenn die Kurzzeitparkplätze so weit weg sind. Deshalb ist St. Fritschi von dieser Antwort enttäuscht. Das Parkhaus ist als Ersatz für die Kurzzeitparkplätze unzureichend, weil nicht allen zugemutet werden kann, auf die andere Seite des Bahnhofs zu fahren. Die Rudolfstrasse wird in eine Wohnstrasse umgewandelt und darf nicht noch mehr belastet werden durch Bahnreisende, die mit dem Auto zum Bahnhof gefahren werden. Die FDP ist enttäuscht von dieser Antwort. Stadtrat W. Bossert hat nicht darüber informiert, dass der Standort für die Kurzzeitparkplätze bereits feststand, als das Postulat eingereicht wurde. Darüber ist nie diskutiert worden.

R. Diener (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion dankt dem Stadtrat für die kurze und klare Antwort, beantragt aber ebenfalls ablehnende Kenntnisnahme. Die Fraktion ist nicht damit einverstanden, dass die Kurzzeitparkplätze genau beim Veloweg und auf öffentlichem Grund erstellt werden. Diese Parkplätze gehören auf privaten Grund und nicht in den öffentlichen Raum. Im Postulat wurde begründet, es sei eine Zumutung, wenn die Autos – nicht etwa die Menschen – über Rudolfstrasse auf das Parkdeck fahren müssen, um die Leute an den Bahnhof zu bringen oder abzuholen. Es ist rührend wie sich die FDP für die motorisierten Vehikel einsetzt, die es heutzutage sehr schwer haben. Neben der Tatsache, dass Kurzzeitparkplätze erstellt werden sollen, sind weitere Fakten zu beachten. Die wahre Zumutung ist, dass jemand von Oberwinterthur mit dem Auto in die Stadt fährt, um Personen auf den Bahnhof zu bringen oder abzuholen. Diese Fahrten belästigen viele Leute, die in der Stadt wohnen und leben. Fahrten ohne nennenswerte Gründe haben in der Innenstadt nichts mehr verloren. Sie sind ineffizient und belasten das Strassennetz. Ohne diese Fahrten könnte die Infrastruktur stark entlastet werden. Leute, die mit dem Zug verreisen, sollen primär Bus, Bahn und Velo benutzen. Allenfalls kann in den Aussenquartieren ein privater Abholdienst organisiert werden. Die Grüne/AL-Fraktion beantragt aus diesen Gründen die Kenntnisnahme im ablehnenden Sinn. Der Stadtrat erwähnt in seiner Antwort, dass das Parkdeck genügend Abstellplätze bietet. Das ist der falsche Ansatz. Die Innenstadt bietet zu viele Parkplätze. Das lässt Fahrten mit dem motorisierten Individualverkehr in die Stadt attraktiv erscheinen. Die Parkplatzbewirtschaftung wäre eine effizientere und günstigere Lösung, als ein Konzept für Road Pricing.

L. Banholzer (EVP/EDU/GLP): Die EVP/EDU/GLP-Fraktion dankt für den Bericht zum Postulat und nimmt ihn im zustimmenden Sinn zur Kenntnis. Die Parkplätze sind zwar nicht mehr ganz so nahe bei der Milchrampe. Es ist aber wichtiger, dass überhaupt Kurzzeitparkplätze erstellt werden. Zudem kann jeder selber entscheiden, ob er auf dem Parkdeck oder auf einem Kurzzeitparkplatz parkieren will. Zudem sollen auf der anderen Seite des Bahnhofs ebenfalls Kurzzeitparkplätze erstellt werden. Die EVP/EDU/GLP-Fraktion ist zufrieden mit der Antwort. Was L. Banholzer weniger beachtet hat, ist der Veloweg. Sie bittet den Stadtrat zu erklären, wo dieser gebaut werden soll.

W. Schurter (CVP): Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Postulatsbericht und nimmt ihn im ablehnenden Sinn zur Kenntnis. Sechs Kurzzeitparkplätze und ein Invalidenparkplatz sind für ein funktionierendes Verkehrsregime um den Hauptbahnhof Winterthur nicht ausreichend. An Ferienwochenenden und an Feiertagen, wenn der Personen- und Warenumsatz besonders gross ist, wird es weiterhin zu illegalen Halts bei der Milchrampe kommen. Das Gepäck vom Parkdeck zur Milchküche oder zur Gepäckaufgabe zu tragen, ist keine echte Alternative.

R. Wirth (SP) war eigentlich der Meinung, dass das Postulat aus Gründen der Effizienz hätte zurückgezogen werden können, weil die Forderung mit der Baubewilligung bereits erfüllt wurde. Nach dieser Diskussion hat er seine Meinung geändert. Die SP nimmt die Antwort im

zustimmenden Sinn zur Kenntnis. Es fragt sich aber, wie lange der Weg von den geplanten Parkplätzen bis zum Bahnhof tatsächlich ist. Hier wird über eine Bagatelle diskutiert. Zudem handelt es sich lediglich um 6 Parkplätze. Das Parkdeck bietet genügend Platz und die ersten 15 Minuten kann gratis parkiert werden. Von Oberwinterthur aus müssen, um das Parkdeck zu erreichen, 13 Lichtsignale überwunden werden statt 12. Das ist kaum der Rede wert.

Ch. Denzler (FDP): Wenn es sich um Kurzzeitparkplätze handelt und parallel eingeparkt werden muss, werden einige Autofahrerinnen und Autofahrer mehr Zeit benötigen um das Auto korrekt zu parkieren. Die Anforderungen an Kurzzeitparkplätze können so nicht erfüllt werden. Ch. Denzler hat ihre 4 Kinder vor dem Ferienlager mit dem Auto an den Bahnhof gebracht und gemerkt, dass der Platz extrem knapp ist. Die Autos werden dann wild irgendwo abgestellt, weil zu wenig Parkplätze vorhanden sind. Dieses Parkplatzregime ist nicht durchdacht. Ch. Denzler fährt nur selten mit dem Auto in die Innenstadt.

H. Keller (SVP): Die Parkplätze werden an einem anderen Ort erstellt, als ursprünglich vorgesehen. Aber auch am Bahnhof Oberwinterthur gibt es nur noch Parkplätze in der blauen Zone, die aber kaum genutzt werden. H. Keller hat sich gegen diese blaue Zone gewehrt. Beim Bahnhof Oberwinterthur kann nicht mehr parkiert werden. Das ist für Leute aus den Aussenwachen ein grosser Nachteil und führt vermehrt zu Fahrten zum Hauptbahnhof. Wenn man 15 Minuten gratis auf dem Parkdeck parkieren kann und der Zug 5 Minuten Verspätung hat, dann reicht diese Zeit nicht und man riskiert eine Busse. Die SVP-Fraktion nimmt den Bericht im ablehnenden Sinn zur Kenntnis.

Stadtrat W. Bossert: Es scheint, dass der Stadtrat den Ratsmitgliedern mit dieser Antwort das Abendessen verdirbt. Möglicherweise ist der grösste Teil des Rates von dieser Antwort enttäuscht – wahrscheinlich auch aus eigenem Verschulden. Die 6 bis 7 Parkplätze sind vom Gemeinderat mit dem Gestaltungsplan bewilligt worden. St. Fritschi ist enttäuscht. Er will, dass die Parkplätze unbedingt dort gebaut werden, wo der Platz dringend für Busanlegeanten und für die Anlieferung zum neuen Gebäude benötigt wird. An der Bushaltestelle können keine Parkplätze erstellt werden. Eine leichte Verschiebung musste gegenüber dem Gestaltungsplan vorgenommen werden. Das liegt aber noch innerhalb des Spielraums, den der Stadtrat hat. Diese Verschiebung muss vorgenommen werden, wenn die geplanten Busleistungen erbracht werden sollen. Während der Bauphase ist die Bushaltestelle bei der Milchküche aufgehoben worden und es dürfen keine Autos anhalten. Die Polizei hat erklärt, dass keine Probleme zu verzeichnen sind. Das Parkdeck ist – nach dem Umbau – sehr einfach zu erreichen. Die Auffahrtsrampe wird auf der Seite der Wülflingerstrasse gebaut. Es ist mit Sicherheit einfacher auf dem Parkdeck zu parkieren – auch für Leute, die mit seitwärts parkieren Mühe haben.

Ratspräsidentin Y. Beutler lässt über den Bericht des Stadtrates abstimmen.

Der Rat stimmt der Kenntnisnahme im ablehnenden Sinn mit 30 Stimmen zu.

18. Traktandum

GGR-Nr. 2008/048: Antrag und Bericht zum Postulat M. Ott (SP), D. Berger (Grüne/AL) und R. Kleiber (EVP) betr. Gemeindezuschüsse zur AHV und IV

M. Ott (SP): Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Bericht zum Postulat. Die Analyse der tatsächlichen Einsparungen durch die Halbierung der Gemeindezuschüsse in Verbindung mit anderen Faktoren ist interessant. Mit dem Ergebnis und den Schlussfolgerungen des Stadtrates ist M. Ott nicht zufrieden. Deshalb stellt sie im Namen der SP den Antrag auf negative Kenntnisnahme der Postulatsantwort. Jede und jeder im Rat hat einige Themen, die er mit Herzblut vertritt. Eines dieser Themen auf kommunaler Ebene sind für M. Ott die

Gemeindezuschüsse zur AHV/IV. Das, weil einer ihrer politischen Grundwerte lautet, dass sich die Stärke einer Gesellschaft darin zeigt, wie sie mit ihren schwächsten Mitgliedern umgeht. Die Antwort des Stadtrates auf dieses Postulat hat sehr enttäuscht. Natürlich, die Zeiten sind härter, die Kassen sind leerer. Das ist aber alles relativ. Die Schweiz gehört zu den reichsten Ländern der Welt. Der Kanton Zürich ist der Wirtschaftsmotor dieses Landes. Es kann nicht sein, dass es für die Schwächsten der Gesellschaft nicht mehr reicht.

Es ist klar, man soll nicht eine Staatsaufgabe gegen die andere ausspielen. Aber in diesem Fall und bei diesem Thema geht das nicht anders. Wenn die Stadt das Bahnhofgebiet mit 85 Millionen neu ausgestalten oder ein neues Fussballstadion bauen kann, findet sie auch Mittel und Wege um die unselige Kürzung der Gemeindezuschüsse rückgängig zu machen, wenn der politische Willen vorhanden ist. Es mag sein, dass die Halbierung der Gemeindezuschüsse für gewisse Gruppen weniger einschneidende Folgen gehabt hat, als für andere. Dass es aber für keine der betroffenen Gruppen für eine Erhöhung reicht, erscheint eher penibel. Es stimmt, bei der Kürzung sind gewisse sinnvolle Ausnahmen gemacht worden. Die Bezügerinnen und Bezüger können zwar mit der Kulturlegi, dem Caritasladen und mit Transportvergünstigungen sinnvolle Angebote nutzen. Diese Angebote wurden aber vor der Halbierung der Gemeindezuschüsse eingeführt. Damit wird nichts kompensiert. Die Analyse der Betroffenengruppe hat die Vermutungen von M. Ott bestätigt. Wie auf Seite 7 der Antwort zu lesen ist, sind von der Kürzung hauptsächlich Frauen im AHV Alter betroffen. Generell betrifft es mehr Einzelpersonen als Ehepaare und mehr Menschen, die im eigenen Haushalt leben, im Vergleich zu den Heimbewohnern. Kinder sind mit 5 bis 6 % aller Fälle seltener betroffen. Ältere und invalide alleinstehende Personen sind gefährdeter zu vereinsamen, als Menschen, die mit einer Partnerin oder einem Partner zusammen leben. Die SP will, dass die Menschen möglichst lange im eigenen Haushalt leben können und nicht in ein Heim umziehen müssen. Dass die Frauen im Alter den Gürtel enger schnallen müssen als die Männer, widerspricht den gleichstellungspolitischen Vorstellungen von M. Ott. Aus diesen Gründen hätte M. Ott es begrüsst, wenn der Stadtrat einen Vorschlag unterbreitet hätte, der zumindest den am stärksten Betroffenen eine Verbesserung gebracht hätte. Es wäre der Stadt gut angestanden, wenn sie auf der Liste der 4 grössten Zürcher Gemeinden zumindest von Platz 3 auf Platz 2 aufgerückt wäre. Weil der Stadtrat das abgelehnt hat, bleibt M. Ott lediglich die Kenntnisnahme im ablehnenden Sinn.

B. Günthard Fitze (EVP/EDU/GLP): Die EVP/EDU/GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Bericht. Sie bedauert, dass die Gemeindezuschüsse nicht wieder erhöht werden können, versteht aber auch die Argumente des Stadtrates. Dank dem neuen Finanzausgleich haben wenigstens die Heimbewohnerinnen und Bewohner nicht das Nachsehen. Dass die Teuerung angeglichen wird, ist nur richtig. Andererseits sind alleinstehende Frauen im Rentenalter und Einzelpersonen besonders betroffen. Das macht auch die EVP/EDU/GLP-Fraktion nachdenklich. Die Fraktion wird sich mit geeigneten Mitteln dafür einsetzen, dass auch diese Bevölkerungsgruppe nicht zu kurz kommt. Die EVP/EDU/GLP-Fraktion nimmt die Antwort mässig positiv zur Kenntnis. Sie ist zwar nicht ganz zufrieden, wird den Bericht aber nicht ablehnen.

D. Berger (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Bericht, ist aber davon nicht begeistert. Die Fraktion hat sich mehr erhofft und bedauert, dass die Gemeindezuschüsse nicht erhöht werden. Die Leute, die am wenigsten haben, sollten etwas mehr bekommen. Dann wäre die Stadt wieder auf Augenhöhe mit anderen grösseren Gemeinden im Kanton, zumal Winterthur eher ein teures Pflaster ist. Inhaltlich kann sich die Grüne/AL-Fraktion den Ausführungen von M. Ott anschliessen. Die Antwort ist so unbefriedigend, dass die Fraktion die Postulatsantwort im negativen Sinn zur Kenntnis nehmen wird.

Ch. Denzler (FDP): Die FDP dankt dem Stadtrat für die sorgfältige Antwort, die er mit diversen Grafiken übersichtlich dargestellt hat. Die fetten Jahre sind vorbei. Die Stadt geht mageren Jahren entgegen. Es ist nicht verwunderlich, dass die SP den Bericht ablehnt. Die FDP hat Verständnis, dass die Erhöhung der Gemeindezuschüsse zurzeit noch nicht in Frage kommt.

G. Bienz (CVP): Die CVP-Fraktion nimmt Antrag und Bericht des Stadtrates in zustimmendem Sinne zur Kenntnis. Bereits bei der Überweisungsdebatte hatte Stadträtin M. Ingold darauf hingewiesen, dass Aussagen bezüglich der finanziellen und sozialen Folgen der Win 03 Massnahme ‚Halbierung der Gemeindegzuschüsse‘ schwierig seien, weil die finanziellen Folgen komplex seien und bezüglich der sozialen Folgen gute Messgrössen fehlten. Diese Aussagen werden durch den vorliegenden Bericht bestätigt. Immerhin konnte durch den Bericht der Kreis der von den Sparmassnahmen am meisten Betroffenen – Frauen im AHV Alter im eigenen Haushalt bzw. Frauen oder Männer mit IV-Rente im eigenen Haushalt – eruiert werden. Das Sozialversicherungssystem ist so angelegt, dass für Anspruchsberechtigte eine menschenwürdige und existenzsichernde Rente garantiert wird. Die CVP bedauert sehr, dass es die schwierige Finanzsituation der Stadt nicht erlaubt, diese Sparmassnahme rückgängig zu machen. Durch den versprochenen Teuerungsausgleich und die auf Seite 5 des Berichtes erwähnten Vergünstigungen oder Gratisangebote in der Stadt Winterthur dürfen die Lebensumstände dieser Menschen in sehr angespannten finanziellen Verhältnissen wenigstens etwas erleichtert werden.

W. Badertscher (SVP): Die SVP nimmt im zustimmenden Sinn von der Antwort Kenntnis. Aus der Antwort geht hervor, dass die Stadt finanziell nicht auf Rosen gebettet ist. Darauf hat die SVP immer wieder hingewiesen. Winterthur bezieht kantonale Zuschüsse. Es kann deshalb nicht sein, dass die Stadt auf Kosten des Kantons eine Luxusvariante fährt. Für die Gemeindegzuschüsse werden zwar ca. 2,3 Millionen weniger ausgegeben. Aber die Stadt kann den Betroffenen viele Annehmlichkeiten bieten. Die Vergünstigungen und Gratisangebote sind zahlreich – die Rechnung der Billag wird bezahlt, die Kulturlegi wird abgegeben, die Betroffenen können im Caritasland einkaufen etc. Das sind kleine Beträge, die aber doch ins Gewicht fallen. M. Ott bedauert, dass die Gemeindegzuschüsse nicht erhöht werden können. Sie hat darauf hingewiesen, dass für den Masterplan Bahnhof 83 Millionen ausgegeben werden. Die SP hat diesem Kredit zugestimmt. Soll der Masterplan gestrichen werden, damit die Zuschüsse erhöht werden können? Es erstaunt, dass immer wieder erklärt wird, dass im Sozialbereich alles gesetzlich vorgeschrieben ist und die Stadt keinen Spielraum habe. In der Antwort steht, welche Möglichkeiten offen sind. Es besteht also doch ein Spielraum. In diesem Sinn ist die SVP mit dem Stadtrat einverstanden. Winterthur ist nicht in der Lage die Gemeindegzuschüsse zu erhöhen. Eine weitere Folge einer Erhöhung wäre, dass Winterthur wie ein Magnet wirken und Leute aus den umliegenden Gemeinden anziehen würde. Diese Leute würden sich in Winterthur sammeln, weil sie hier die besten Bedingungen vorfinden. Die SVP dankt dem Stadtrat für die Antwort.

Stadträtin M. Ingold: Anlässlich der Volksabstimmung herrschte bereits die gleiche Stimmung wie jetzt. Der Stadtrat konnte sich die Massnahmen nicht vom Herzen diktieren lassen. Stadträtin M. Ingold versteht, dass viele mehr ermöglichen wollen, als im Moment machbar ist. Klar ist, dass die ausgezahlten Beträge menschenwürdig und existenzsichernd sind. Der Sozialhilfelevel ist gegen 20 % tiefer. Damit erhalten die AHV und IV Bezügerinnen und Bezüger nicht den tiefsten Ansatz. Die Gruppe der Sozialhilfebeziehenden ist etwa gleich gross wie der Bezügerinnen und Bezüger von Zusatzleistungen. Für den Stadtrat ist klar, wenn die Reduktion rückgängig gemacht werden soll, dann müssten die 2,3 Millionen irgendwo eingespart werden. Das ist das Problem. Der Stadtrat weiss nicht, woher er dieses Geld nehmen soll. Wenn die Ratsmitglieder eine Idee haben, könnte das Thema über einen weiteren Vorstoss wieder aufgegriffen werden. Der Entscheid des Stadtrates ist klar, es muss einstweilen dabei bleiben.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Es wurde ein Antrag gestellt, die stadträtliche Antwort im negativen Sinn zur Kenntnis zu nehmen. Die Ratspräsidentin lässt über den Antrag abstimmen.

Der Rat stimmt mit 32 zu 24 Stimmen für die Kenntnisnahme im zustimmenden Sinn. Somit wird das Postulat als erledigt abgeschrieben.

19. Traktandum

GGR-Nr. 2008/078: Antrag und Bericht zur Motion B. Dubochet (Grüne/AL), R. Wirth (SP), M. Zeugin (EVP/EDU/GLP) und M. Stutz (SD) betreffend Förderprogramm Energie im Gebäudebereich

B. Dubochet (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion dankt dem Stadtrat für den ausführlichen Bericht. Die Fraktion ist mit den Schlüssen, die der Stadtrat gezogen hat, nicht glücklich. Es ist aber erfreulich, dass der Stadtrat die Notwendigkeit zu handeln, festgestellt hat. Er ist ebenfalls der Meinung, dass verstärkte Massnahmen notwendig sind, um die Ziele zu erreichen. Viele Förderprogramme, die im Bericht aufgelistet sind, sind befristet. Das heisst 2009 oder 2010 laufen diese Programme aus. Die Motionäre wollten aber ein dauerhaftes Förderprogramm. Für die Planungssicherheit ist das sehr wichtig. Programme, die nach einem Jahr auslaufen, sind deshalb ungünstig. Es sollen möglichst viele Förderbeiträge in die Stadt Winterthur geholt werden. Wenn das durch ein Förderprogramm der Stadt ermöglicht werden kann, dann profitiert Winterthur überdurchschnittlich. Deshalb braucht es in Winterthur bessere Rahmenbedingungen als in anderen Gemeinden. Die grösste Investition muss der Bauherr tätigen. Mit der Argumentation des Stadtrates ist die Grüne/AL-Fraktion nicht immer einverstanden. Auch in anderen Gemeinden gibt es viele Förderprogramme. Es ist nicht davon auszugehen, dass diese Gemeinden Projekte einstellen, weil kantonale und nationale Förderprogramme lanciert wurden. Eigene Programme wirken sich positiv auf die Standort- und Kulturförderung aus. Die Grüne/AL-Fraktion stellt den Antrag, dass die Motion erheblich erklärt und nicht abgeschrieben wird.

R. Wirth (SP): Die SP-Fraktion ist über diesem Bericht ist enttäuscht und wird für die Erheblicherklärung der Motion stimmen. Die wichtigsten Argumente hat B. Dubochet bereits vorgebracht. Das wertvollste an dieser Antwort ist die Auflistung der Förderprojekte. Einem normalen Bürger ist es kaum möglich die Übersicht zu behalten. Das ist nicht die Schuld der Stadt. Erfreulich ist, dass Bund und Kanton den Absichten der Motionäre entgegenkommen, indem sie die Summe, die zur Förderung der Energieeffizienz an Gebäuden zur Verfügung steht, massiv erhöht haben und zwar von 2,5 Millionen im Jahr 2008 auf 25 Millionen. Das macht aber den Druck, lokal zu handeln, nicht kleiner. Auch in schwierigen finanzpolitischen Zeiten muss in Winterthur etwas Dauerhaftes entstehen. Das war die Absicht dieser Motion. Auf ein Detail hat R. Wirth bereits früher hingewiesen. Auf Seite 10 steht im Bericht, dass der Stadtrat die Gebührenfinanzierung eines Förderprogramms ablehnt aus Rücksicht auf den Standortnachteil, der entstehen würde. Wenn das alle sagen, passiert aber nie etwas. Die SP fordert den Stadtrat auf verantwortungsvoll zu handeln.

M. Zeugin (GLP/EDU): Die Grünliberalen und die EDU sind mit dem Bericht des Stadtrates nicht zufrieden. Der hauptsächliche Wert dieser Antwort liegt in der Auflistung der Massnahmen von Bund, Kanton und Stadt. Aber der Stadtrat geht leider nicht über diese Auflistung hinaus. Wer sich heute in Bezug auf den Klimaschutz auf den vermeintlichen Lorbeeren ausruht, gehört morgen zu den Schlusslichtern und verpasst grosse Chancen. In diesem Sinn geht die Antwort des Stadtrates zu wenig weit. Vor allem geht er nicht mit dem guten Beispiel voran. Es geht nicht nur um Visionen, es geht auch um Fakten. Im Rahmen der Zertifizierung für das Goldlabel als Energiestadt wurde erwähnt, dass die Stadt Winterthur im Gebäudebereich einen grossen Nachholbedarf aufweist. Wenn sich Winterthur auf den Weg zur 2000 Watt Gesellschaft machen will, müssen jetzt Massnahmen ergriffen werden. Gefordert sind innovative Ideen und zukunftsweisende Projekte. Die spezielle Vermarktung von lokal produziertem Strom könnte ein weiterer Punkt sein. Alle Fraktion haben, als es um Ocean Breeze ging, erklärt, dass sie ein verstärktes lokales Engagement wünschen. Aus diesem Grund nehmen GLP und EDU den Bericht im negativen Sinn zur Kenntnis und werden die Motion als erheblich erklären.

M. Stutz (SD) dankt dem Stadtrat für den Bericht. Er schliesst sich der Argumentation von B. Dubochet an. Punkt 5 ist kurz ausgefallen. Der Stadtrat schreibt, dass Förderprogramme

einen Beitrag zur CO² Reduktion leisten könnten. In diesen Sinn: Steter Tropfen höhlt den Stein.

G. Bienz (CVP), verliest das Votum von N. Sabathy: Die CVP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für den ausführlichen Bericht zu dieser Motion und nimmt ihn zustimmend zur Kenntnis. Sie unterstützt den Antrag des Stadtrates auf Nichterheblicherklärung. Wie im Bericht ausführlich dargelegt, hat sich seit der Einreichung der Motion im Bereich der Förderprogramme für energetische Sanierungen einiges getan. Dieser Schub an Fördergeldern hat zu einer grossen Zunahme bei den Sanierungsvorhaben geführt. Was ebenfalls aus dieser Auflistung hervorgeht, ist der Dschungel an Fördergeldern. Auch für einen Fachmann ist es fast unmöglich, alle Möglichkeiten zu erkennen. Daher ist es nicht sinnvoll, diesen Dschungel durch weitere Fördergelder zu vergrössern. Sinnvoller wäre eine Koordinierung und Vereinfachung der verschiedenen Förderungen. Auch der immense administrative Aufwand würde damit verkleinert. Bei der Art der Förderung ist es sinnvoll in erster Linie die Reduktion des Energieverbrauches zu fördern, damit nicht immer mehr Energie zur Verfügung gestellt werden muss.

J. Heusser (FDP): Die FDP-Fraktion ist mit dem ausführlichen und detaillierten Bericht des Stadtrates einverstanden. Die Stadt kann es sich nicht leisten Subventionen auszulösen, weil der Kanton die Stadt unterstützen muss. Bereits jetzt werden erneuerbare Energien subventioniert. J. Heusser würde zwar privat von Subventionen für Holzheizungen profitieren. Für ein weiteres Förderprogramm ist jetzt aber der falsche Zeitpunkt. Die Stadt kann sich das nicht leisten. Winterthur muss finanzpolitisch unterstützt werden, deshalb muss die FDP wohl oder übel diese Subventionen ablehnen. Der Stadtrat hat die Förderprogramme aufgelistet. Diese sollten genutzt werden.

W Steiner (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den umfassenden Bericht. Man kann sehen, dass viele Förderprogramme lanciert wurden. So viele, dass man fast die Übersicht verliert. Auch die SVP ist der Meinung, dass sich der Stadtrat momentan keine weiteren finanziellen Unterstützungen leisten kann.

N. Gugger (EVP): Die EVP unterstützt den Antrag der EDU und der GLP, die im ablehnenden Sinn Kenntnis nehmen wollen, nicht. Sie dankt dem Stadtrat für die ausgewogene Antwort auf diese Motion. Der Stadtrat bemüht sich sehr, Förderprogramme zu lancieren. Die finanzielle Situation lässt keine weiteren Subventionen zu. Die verschiedenen Programme sind im Bericht aufgelistet. In diesem Sinne nimmt die EVP im abschliessenden Sinn Kenntnis.

F. Landolt (SP) war noch nicht im Rat, als die Motion eingereicht wurde. Er war aber erstaunt, dass die Gegenseite, die dafür plädiert, dass lokal investiert wird, ein Förderprogramm im Gebäudebereich nicht für notwendig erachtet. Es geht darum, lokal Anreize zu schaffen.

Stadtrat M. Gfeller: Es bestehen gewisse Parallelen zum Vorstoss, den Stadträtin M. Ingold beantwortet hat. Selbstverständlich könnte mehr gemacht werden, wenn die Stadt mehr Geld hätte. Das ist aber nicht der Fall. Es wäre ein Fehler, die eigenen Mittel zu überschätzen. Einige Programme, die der Stadtrat aufgelistet hat, laufen Ende 2010 aus. Vielleicht kann ein Teil davon verlängert werden. Vorgängig ist aber eine genaue Analyse notwendig. Die Erheblichkeitserklärung dieser Motion wäre aber voreilig und könnte dazu führen, dass die eigenen Mittel und Kräfte überschätzt werden. Die Liste der Förderprogramme ist eindrücklich. Sie ist aber tatsächlich etwas unübersichtlich. Einige Programme wurden von der Stadt Winterthur initiiert, die, im Gegensatz zu den Programmen von Kanton und Bund, eine längere Laufzeit haben oder sogar unbefristet gültig sind. Stadtwerk hat entschieden über drei Jahre Fotovoltaik-Strom aus Grossanlagen abzunehmen, um die blockierte kostendeckende Einspeisevergütung auf Bundesebene zu kompensieren. Zudem wird der Fern- und Nahwärmeverbund subventioniert. Die Frist läuft allerdings am 15. Dezember 2009 ab. Sehr bewährt hat sich das KMU-Programm. Die Stadt unternimmt in Ergänzung zu den eidgenös-

sischen und kantonalen Programmen sehr viel. Der Stadtrat muss aber darauf achten, dass sich Winterthur nicht verausgabt. Mindestens in Bezug auf die Steuermittel kann nicht mehr unternommen werden. Im Traktandum 21 werden die Strompreise diskutiert. Hier hätte der Stadtrat einen Handlungsspielraum. Mit einer Strompreiserhöhung könnte ein Energieprogramm lanciert werden. Das müsste aber auf jeder Stromrechnung deklariert werden. Davor hat sich der Stadtrat bisher gescheut, weil im Strommarkt zuviel in Bewegung ist. Stadtrat M. Gfeller empfiehlt den Ratsmitgliedern dringend, diese Motion nicht erheblich zu erklären.

Ratspräsidentin Y. Beutler lässt über den Antrag, die Motion erheblich zu erklären, abstimmen.

Der Rat stimmt der Erheblicherklärung mit 28 zu 28 Stimmen zu.

20. Traktandum

GGR-Nr. 2008/080: Antrag und Bericht zur Motion P. Rütimann (FDP), J. Lisibach (SVP) und U. Dolski (CVP) betreffend Einführung eines kommunalen Ordnungsbussenverfahrens

Ch. Denzler (FDP): Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche und detaillierte Antwort und nimmt sie in zustimmender Weise zur Kenntnis. Am 6. April 2009 wurde die von den Motionären verlangte Regelung bezüglich der Vereinfachung im Strafverfahren unterstützt. Aus der angehängten Liste können die 43 neu aufgeführten Tatbestände entnommen werden, welche zukünftig geahndet werden können. Ch. Denzler ist der Ansicht, dass die Busse von 50 Franken für das Unterlassen der Reinigung nach Marktschluss zu tief angesetzt ist. Der Aufwand für die Reinigung durch das städtische Personal dürfte um ein Vielfaches höher liegen. Die Stadt soll sauber bleiben. Wenn eine Busse weh tut, überlegt man sich einen Verstoß zweimal. Die Marktbetreiber sollen nicht angeprangert werden. Aber sollte es vorkommen, dass jemand, der eine Sauerei hinterlässt mit einer Busse von 50 Franken bestraft wird, steht das in keinem Verhältnis zu den Kosten der Reinigung durch die Stadt.

J. Lisibach (SVP): Die SVP dankt dem Stadtrat für die Umsetzung des vorliegenden Geschäfts. Es gab im Vorfeld drei Punkte, die kritisiert wurden. 1. Dass der Stadtrat neben der Polizei weitere Personen beauftragen kann, Bussen zu erheben. 2. Dass allenfalls ein Polizist in eigener Sache büssen könnte. 3. Dass der Gemeinderat an der Gestaltung der Busseliste nicht mitarbeiten konnte. In der SVP führte hauptsächlich Punkt 1 zu Diskussionen. Die Fraktionsmitglieder haben sich aber durchgerungen dem Stadtrat zu vertrauen, dass er mit diesem Instrument vorsichtig umgeht, zumal im ruhenden Verkehr bereits heute durch externe Personen gebüsst werden kann. Dass ein Polizist quasi die Gewaltentrennung aufheben kann, ist natürlich Quatsch. Sollte ein zu Büssender nicht einverstanden sein, steht ihm ein ordentliches Verfahren jederzeit zu. Dass letztlich der Gemeinderat nicht mitdiskutieren konnte, ist halt so. Es wäre sicherlich eine interessante Debatte geworden, aber die Einführung eines Ordnungsbussenverfahrens liegt in der Kompetenz des Stadtrates. Es ist deshalb müssig auf jeden Artikel einzugehen. Die SVP ist mit dem Bericht einverstanden und unterstützt die Erheblicherklärung.

K. Brand (CVP): Wie bereits im Traktandum 16 betreffend Sauberkeit im öffentlichen Stadtraum festgehalten, setzt die CVP auf die Ergänzung der Polizeiverordnung durch ein kommunales Ordnungsbussenverfahren inklusive Bussentarif. Eine Vereinfachung der bisher sehr aufwändigen Sanktionierung drängt sich auf. Heute sind Verzeigungen zwar möglich, aber viel zu kompliziert. Weshalb kleinere Verfehlungen nicht wie Übertretungen im Strassenverkehr direkt eingezogen, beziehungsweise bezahlt werden sollen, ist nicht erklärbar. Die CVP bittet die Ratsmitglieder, die Erheblicherklärung dieser Motion zu unterstützen.

D. Berger (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Bericht zur Motion. Die Fraktion ist nicht glücklich. Es ist genau das passiert, was befürchtet wurde. Punkt c im Artikel 2 gibt der Stadt die Möglichkeit, die Kompetenz Ordnungsbussen zu verteilen an Private abzutreten. Damit bestätigt sich das Schreckensszenario, dass Freizeitpolizisten Bussen verteilen können. Der Stadtrat hat zwar erklärt, dass er nicht die Absicht hat von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. Er will sich diese Option aber offen halten. Jetzt stellt sich die Frage inwieweit man dem Stadtrat in dieser Sache vertraut. Das Beispiel der Bewirtschaftung des ruhenden Verkehrs ist angeführt worden. Der Stadtrat wollte aber ursprünglich alles auslagern. Erst durch den Druck des Parlaments wurden lediglich die Ausenquartiere an private Kontrolleure abgetreten. Diese Tendenz zeigt, dass das Verteilen von Bussen mit Vorliebe in private Hände übergeben wird. Das Argument, dass ein Polizist keine Zeit hat für Lappalien, ist nicht stichhaltig.

Den Bussenkatalog im Parlament zu diskutieren, hätte ewig gedauert. Die Meinungen gehen weit auseinander. Deshalb war es nachvollziehbar, dass der Stadtrat die Bussenliste ausgearbeitet hat. Das Spuckverbot wurde jetzt explizit in diese Liste aufgenommen, obwohl sich der Gemeinderat gegen diese Nennung entschieden hatte. D. Berger musste vor einiger Zeit ausspucken, als er erkältet war und hat dann realisiert, dass ihn das 30 Franken kosten würde. Aber was hätte er anderes tun sollen? Auch einige weitere Punkte sieht D. Berger kritisch. Das Ordnungsbussenverfahren kann hinterfragt werden. Es ist richtig, dass dieses Verfahren den Ablauf erleichtert. Gleichzeitig wird das Risiko, dass unsachgemäss Bussen verteilt werden, erhöht. Dieses Risiko will D. Berger nicht eingehen. Jetzt stellt sich das Problem, wie auf diese Antwort reagiert werden kann. Der Stadtrat hat die Motion bereits umgesetzt. Wenn man diese Motion nicht erheblich erklärt, wird der Prozess trotzdem fortgesetzt. Es ist erstaunlich, dass die Motion von einem Juristen eingereicht wurde und im Nachhinein festgestellt werden musste, dass die Forderungen nicht motionsfähig sind. Der Gemeinderat hat keine Einflussmöglichkeiten. D. Berger hat sich lange überlegt, ob er einen Antrag stellen soll und ist zum Schluss gekommen, dass er nur erklären kann, dass er mit dem Resultat und dem Verfahren nicht einverstanden ist. Das wird jetzt ins Protokoll aufgenommen, aber von niemandem mehr gelesen.

B. Günthard Fitze (EVP/EDU/GLP): Die EVP/EDU/GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die für die Antwort. Die Mitglieder der Sachkommission Sicherheit und Soziales (SSK) ist über den Verlauf und die geplante Umsetzung dieser Motion informiert worden. Die Fraktion glaubt dem Stadtrat, dass diese Umsetzung korrekt erfolgt, auch wenn er schreibt, dass private Firmen mit dieser Aufgabe betraut werden könnten. Die Anzahl der administrativen Verfahren wird mit Sicherheit abnehmen. Damit kann einer Überlastung von Polizei und Justiz entgegengewirkt werden. Die EVP/EDU/GLP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu.

M. Ott (SP): Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die rasche Umsetzung des parlamentarischen Auftrags. Auch wenn dieser offensichtlich nicht nötig war, weil der Stadtrat bereits mit der Umsetzung begonnen hatte und das Geschäft in seiner Kompetenz liegt. Weil der Gemeinderat keine Entscheidungsbefugnis hat, konzentriert sich M. Ott auf einige wenige Punkte. Insgesamt ist die SP mit dem Ergebnis zufrieden. Die Liste der Tatbestände, die mit Ordnungsbussen geahndet werden können, ist zwar sehr lang ausgefallen. So richtig störend werden aber nur zwei Punkte empfunden.

Die SP ist nach wie vor dagegen, dass der einzelne Polizeibeamte bei Nichtbefolgen polizeilicher Anordnungen oder bei Stören der polizeilichen Tätigkeit selber eine Busse aussprechen kann. In diesen Situationen ist der Polizist selber Partei in einem Konflikt mit einer Bürgerin oder einem Bürger und kann das Verhalten seines Gegenspielers bestrafen. Das ist erfahrungsgemäss falsch und politisch ungeschickt. Es dient der Akzeptanz einer verfügbaren Busse nicht. Der Bürger kann bei jeder Form staatliche Handelns ein Rechtsmittelverfahren anstrengen. Es kann aber nicht sein und ist nicht korrekt, dass eine Verfahrensform eingeführt wird, mit der Bürgerinnen und Bürger in ein Rechtsmittelverfahren gezwungen werden, wenn sie ein faires Verfahren erhalten wollen. Die SP goutiert es nicht, dass der Stadtrat im Artikel 2, litt. c der Verordnung sich selber, dem Departement und der Stadtpolizei die Kompetenz erteilt, private Organisationen mit der Durchführung von Kontrollen zu beauftragen. Bekanntlich hat sich die SP bereits bei der Auslagerung der Kontrolle des ru-

henden Verkehrs gegen die Privatisierung von polizeilichen Aufgaben gewehrt. Das Gewaltmonopol gehört in die Hände des Staates. Es beruhigt in keiner Art, dass in der SSK zugesichert wurde, im Moment von dieser Kompetenz keinen Gebrauch zu machen. Wäre dem so, müsste der Stadtrat diese Kompetenz nicht einräumen. Deshalb kann sich die SP dem Vertrauen, das von anderen Parteien ausgesprochen wurde, nicht anschliessen. Mehr als seine Meinung zu äussern, kann der Gemeinderat aber nicht machen, so dass es keinen Sinn macht, sich gegen die Abschreibung der Motion zu wehren.

Ch. Denzler (FDP) hat eine berufliche Abneigung gegen das Spucken. Sie hat auf der Tuberkulosestation gearbeitet und musste die Spucknapfe abräumen. Davon hat sie die Nase voll.

D. Hauser (SP) findet das Spucken in der Öffentlichkeit eine Sauerei, selbst wenn man erkältet ist. Er ist noch aus einem anderen Grund enttäuscht. Er hatte erwartet, dass D. Berger einen Antrag stellt. D. Hauser ist nicht bereit eine Motion erheblich zu erklären, die nicht motionsfähig ist. Der Stadtrat schreibt, dass es in seinen Gestaltungsbereich fällt einen Ordnungsbussenkatalog zu erlassen. Auf der einen Seite wird erklärt, der Gegenstand ist nicht motionsfähig und auf der anderen Seite wird die Motion als erheblich erklärt. Was ist richtig? Nicht einmal der Stadtrat scheint das zu wissen. Für das Erteilen von Ordnungsbussen braucht es eine Rechtsgrundlage. Der Stadtrat hat diese Rechtsgrundlage geschaffen und ist nicht ganz sicher, ob er dazu befugt ist. D. Hauser sieht diesen Katalog ausserdem als die endlose Liste eines Kleingeistes. Er stellt den Antrag die Motion nicht erheblich zu erklären. Wenn der Stadtrat in eigener Kompetenz diesen Katalog erlassen will, kann er das tun.

D. Berger (Grüne/AL): Es ist die Rede davon, dass die Dienste noch nicht ausgelagert werden sollen. Damit lassen sich die Ratsmitglieder beruhigen. Eine Auslagerung wäre nicht in Ordnung, das wird sich auch in Zukunft nicht ändern. Aufgrund von persönlichen Erlebnissen muss man eine natürliche Ausstossform nicht generell verdammen. D. Berger steht dazu, er spuckt aus, wenn er erkältet ist. Was machen denn andere in dieser Situation? Sicher gibt es auch ein unsinniges Spucken. Der Antrag von D. Hauser wird nichts bewirken. D. Berger hat sich überlegt, ob er selber einen Antrag stellen soll. In diesem Fall hat er sich entschieden auf einen Antrag zu verzichten. Er wird dem Antrag von D. Hauser zwar zustimmen – aber so genial ist diese Idee nicht.

P. Fuchs (SVP): In der Marktordnung steht im Artikel 7, dass das Nichtdeklarieren des Namens und der Adresse des Markthändlers mit einer Busse von 100 Franken geahndet wird. Wenn man durch den Markt geht, findet man Namen und Adressen der Markthändler an jedem Stand. Es kann aber sein, dass man das Namensschild vergisst oder verlegt. Wenn in der Folge einfach stur eine Busse von 100 Franken verhängt wird, ist das überbissen. Unter Artikel 15 wird das Verrichten der Notdurft im öffentlichen Raum ebenfalls mit 100 Franken gebüsst. Es kann nicht sein, dass die Busse für ein verlegtes Namensschild gleich hoch ist. P. Fuchs stellt den Antrag, diese Busse auf 50 Franken zu reduzieren.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Die Ratsmitglieder können in Bezug auf den Ordnungsbussenkatalog einen Wunsch deklarieren. Es ist aber nicht möglich Anträge zu stellen.

R. Werren (FDP): Zugegeben, die Motionsfähigkeit kann in Frage gestellt werden. In letzter Zeit wurden aber in diesem Rat einige Motionen, die eigentlich Postulate gewesen wären, überwiesen. Vielleicht wäre es auch die Aufgabe der Ratsleitung, in solchen Fällen mit den Motionären Rücksprache zu nehmen. Der Rat hat diese Motion überwiesen. Das Ordnungsbussenverfahren ist eine gute Sache. R. Werren begrüsst auch das Spuckverbot. Das soll aber nicht heissen, dass jeder der spuckt, gebüsst wird. Aber die Leute wissen, dass das möglich ist. R. Werren ist dem Stadtrat dafür dankbar. Sie bittet die Ratsmitglieder der Erheblicherklärung zuzustimmen.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Die Geschäftsordnung sieht keine Überprüfungsmöglichkeiten für gemeinderätliche Vorstösse vor.

J. Lisibach (SVP): Wenn der Gemeinderat eine Motion erheblich erklärt, dann genügt das auch in rechtlicher Hinsicht. Davon ist J. Lisibach überzeugt. Die Stadtpolizei hat Augenmass, was zum Beispiel das Spucken anbelangt.

B. Günthard Fitze (FDP): Spucken ist ein interessantes Phänomen, sind es doch vor allem Männer, die spucken. Die Frauen wissen offenbar wohin damit, das scheint bei vielen Männern nicht der Fall zu sein.

F. Helg (FDP): Das Spucken scheint die Ratsmitglieder zu enervieren. In der Verordnung ist das sehr restriktiv abgefasst. In der Polizeiverordnung von Wallisellen steht, dass spucken ohne Not verboten ist.

W. Badertscher (SVP) hat eine praktische Frage. Wie ist das, wenn jemand mit 100 Franken gebüsst wird, weil der die Notdurft im öffentlichen Raum verrichtet, weil alle Toiletten geschlossen sind, übernimmt dann die Stadt diese Busse?

D. Hauser (SP) bittet die Ratsmitglieder dem Antrag auf Nichterheblicherklärung zuzustimmen. Der Stadtrat kann den Bussenkatalog trotzdem in eigener Kompetenz einführen. Wenn es dem Stadtrat ernst ist, mit der Erheblicherklärung dieser Motion, muss er den Bussenkatalog auch dem Gemeinderat zur Abnahme vorlegen. Deshalb muss sich der Stadtrat entscheiden. Entweder es handelt sich um ein verkapptes Postulat oder der Bussenkatalog fällt in die Kompetenz des Gemeinderates, dann wird die Motion erheblich erklärt.

Stadtrat M. Künzle dankt dem Rat für das Vertrauen. Der Stadtrat hat das umgesetzt was der Gemeinderat gewünscht hat. Das Ordnungsbussenverfahren hilft der Polizei effizienter zu arbeiten. Letztendlich kommt das auch dem Bürger zugute. Die Kosten für Bussen fallen tiefer aus, weil keine Verfahrenskosten bezahlt werden müssen. Die Einführung eines Ordnungsbussenverfahrens gehört in die Kompetenz des Stadtrates. Die Strafgesetzsatzung besagt im Paragraphen 155 in Verbindung mit dem Paragraphen 159, dass die Exekutive diese Ordnungsbussenliste aufstellt. Der Stadtrat hat die Liste in der SSK vorgestellt. Das hat zu regen Diskussionen geführt. Heute soll das Geschäft im Rat abgeschlossen werden. Es ist keine stadträtliche Aufgabe, festzustellen, ob eine Motion motionsfähig ist. Das muss der Gemeinderat übernehmen. Stadtrat M. Künzle hat bei der Überweisung erklärt, dass dieses Geschäft bereits auf der Pendenzenliste des Stadtrates steht.

Wenn jemand ein persönliches Anliegen hat, wird der Stadthalter diese Ordnungsbussenliste überprüfen. Danach wird die Liste publiziert. Die Bürgerinnen und Bürger haben dann Gelegenheit sich zu äussern. Paragraphen 5 des Polizeiorganisationsgesetzes besagt, dass Kanton und Gemeinden zur Erfüllung der polizeilichen Aufgaben Hilfskräfte anstellen oder Dritte damit beauftragen können. Diese Kompetenz hat eine gesetzliche Grundlage. Bussen verteilen ist vordergründig eine einfache Sache. Bei genauerem Hinsehen handelt es sich um eine schwierige Aufgabe. Deshalb wird der Stadtrat sehr zurückhaltend sein, will sich diese Möglichkeit aber offenhalten. Der Stadtrat ist sich aber der politischen Brisanz bewusst. Die Kontrolle des ruhenden Verkehrs funktioniert in den Aussenquartieren bestens und der Entscheid des Gemeinderats im Zentrum Beamten und Beamtinnen einzusetzen, war ebenfalls richtig. Wenn eine Busse auf 50 Franken festgesetzt wird, geht es nicht um Kostendeckung, sondern um den Unrechtsgehalt. Über das Spuckverbot wurde im Rat diskutiert, das ist richtig. Die Aufnahme des Verbots in die Allgemeine Polizeiverordnung (APV) wurde abgelehnt, weil die Möglichkeit, das Spucken zu büssen, bereits vorhanden war. Es musste aber ein ordentliches Verfahren eingeleitet werden. Das ist unverhältnismässig. Jetzt wird dieses Verfahren vereinfacht. Dass die Polizei Bussen verteilt, wenn sie selber Partei ist, muss nicht zu Problemen führen. In der Stadt Zürich hat die Respektlosigkeit gegenüber den Polizeibeamten stark zugenommen. Winterthur befindet sich ebenfalls in diesem Sog. Stadtrat M. Künzle ist froh um die Möglichkeit Bussen direkt zu verteilen. Wenn jemand nicht einverstanden ist, gibt es ein ordentliches Verfahren. Stadtrat M. Künzle bittet

die Ratsmitglieder den Antrag von D. Hauser, die Motion nicht erheblich zu erklären, abzulehnen. Das wäre ein Zeichen, dass der Rat grundsätzlich hinter der Liste der Ordnungsbussen steht. Es wäre gut, wenn die Motion heute erledigt werden könnte und der Stadtrat die Liste dem Stadthalter zustellen könnte.

Ratspräsidentin Y. Beutler lässt über den Antrag, die Motion nicht erheblich zu erklären, abstimmen.

Der Rat stimmt der Erheblicherklärung mit eindeutiger Mehrheit zu. Damit ist die Motion abgeschlossen.

21. Traktandum

GGR-Nr. 2008/098: Beantwortung der Interpellation D. Hauser (SP) betreffend sozial- und wirtschaftsverträgliche Strompreise in Winterthur

D. Hauser (SP): Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die differenzierte Antwort. Es ist bekannt, dass eine Privatisierung zu Strompreiserhöhungen führt. Der Stadtrat führt folgende Begründungen für die Strompreiserhöhung an: 1. Der höhere Marktpreis, der für Spitzenenergie geplant ist. 2. Die Aktivierung des bereits abgeschriebenen Verteilnetzes. Weil diese Verteilnetze zweimal abgeschrieben werden, wird der Konsument auch zweimal zur Kasse gebeten. Das ist nicht in Ordnung und wurde vom Bundesrat gerügt. Teilweise sind die angekündigten Erhöhungen zurückgenommen worden. In der letzten Zeit berichteten verschiedene Medien, dass dieses Problem weiterhin besteht. 3. Die Vorlieferanten haben die Liberalisierung zum Anlass genommen, die Strompreise zusätzlich zu erhöhen. Die Netzaufgütung wurde an die Netzgesellschaft abgeliefert. Der Vorlieferant hat aber die Differenz eingestrichen. Positiv ist, dass die Erhöhung in Winterthur im Durchschnitt tiefer ausgefallen ist, als befürchtet. Im Durchschnitt ist der Strompreis zwar lediglich um 2,5 % teurer geworden, anstatt 9 %. Aber einzelne Strombezügler müssen wesentlich mehr bezahlen, das heisst, die Teuerung ist deutlich höher als die durchschnittlichen 2,5 %. Davon betroffen sind unter anderem die privaten Betreiber von Wärmepumpen. Letztlich bleibt es stossend, dass aufgrund der Liberalisierung des Strommarktes die Preise angestiegen sind. Vergleicht man das Niveau auf dem europäischen Strommarkt, muss man erwarten, dass der Strompreis in den nächsten Jahren steigen wird.

Stadtrat M. Gfeller hat D. Hauser herausgefordert, indem er erklärt hat, dass die Linke für tiefe Energiepreise ist. Allen, die einer Lenkungswirkung der Strompreise das Wort reden, gibt D. Hauser zu bedenken, dass es sich nicht um eine nachhaltige Strompreiserhöhung im Sinne einer umweltfreundlichen Strompolitik handelt. Die Erhöhung kommt den Stromlieferanten zugute. Damit wird keine ökologische Energiepolitik finanziert, sondern die Zukunftsvorstellungen von Stromlieferanten wie die Axpo. Wenn die SP heute erklärt, dass die Strompreiserhöhungen nicht vertretbar sind, dann deshalb, weil sie keine Lenkungswirkung haben, sondern vor allem die Stromgesellschaften alimentieren. Es bleibt an der ELCOM und am Preisüberwacher zu prüfen, ob diese Strompreiserhöhungen rechtfertigbar sind. Es hat gegen diese Strompreiserhöhungen Einsprachen gegeben. D. Hauser möchte von Stadtrat M. Gfeller wissen, was diese Einsprachen ergeben haben.

K. Brand (CVP): Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. Strom wird von allen genutzt und ist ein wichtiger Bestandteil in der Wirtschaft und im Leben. Deshalb ist es wichtig, dass die Stadt jederzeit eine gute Stromverteilung zu einem günstigen Preis anbieten kann. Wichtig ist, dass die Politikerinnen und Politiker der Strommarktlobby auf die Finger schauen. Wettbewerb ist ein wichtiges Element der Wirtschaft, wird aber oft durch Marktgrössen verhindert oder sogar politisch beeinflusst. Der Bundesrat musste in Dezember Teile der Verordnung revidieren, noch bevor sie in Kraft getreten ist. Gefordert wurde die Reduktion des zulässigen Kapitalkostenzusatzes, die Revision der einkalkulierbaren Anlagenwerte um 20 %, falls die ursprünglichen Anschaffungswerte nicht mehr ermittelt werden konnten und deshalb mit Hilfskonstruktionen geschätzt werden mussten und ein Kostendach

für die in Rechnung gestellten Systemdienstleistungen. Das zeigt auf, dass man wachsam sein muss und nicht alles hinnehmen darf. Stadtwerk Winterthur hat es verstanden, in sehr kurzer Zeit die gesamte Strompreispalette dreimal neu zu kalkulieren.

D. Schraft (Grüne/AL): Wirtschaftsverträgliche Strompreise passen nicht zu den Vorstellung der Grüne/AL-Fraktion. Günstige Strompreise sind für die Umwelt ungünstig. Das Motto gilt noch immer: Je teurer etwas ist, desto sparsamer geht man damit um. D. Hauser ist aber zugute zu halten, dass er nicht mit billigem Strom Energie verschwenden will, auch wenn der Titel dieser Interpellation missverständlich ist. Er will die Konsumenten vor überzogenen Renditeansprüchen der Anbieter und Netzbetreiber schützen. Es gibt ein taugliches Mittel gegen die Abhängigkeit von Stromproduzenten. Winterthur muss selber mehr Strom produzieren. Damit könnte man sich auch die Energie sparen, um gegen überzogenes Renditedenken anzukämpfen. Die Grüne/AL-Fraktion hat nicht grundsätzlich etwas gegen Rendite einzuwenden. Umweltverträgliches Verhalten stellt sich langfristig nur ein, wenn es sich auch finanziell lohnt. Die Fraktion hat aber etwas gegen die Auswüchse in Bezug auf die Rendite. Die Grüne/AL-Fraktion ist mit der Antwort zufrieden.

L. Banholzer (EVP/EDU/GLP): Die EVP/EDU/GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Frage 3: Die Senkung der Grundgebühr zulasten von höheren Mengenpreisen ist der richtige Ansatz um Firmen und Private zu einem sparsamen Umgang mit Energie anzuhalten. Für Grossbezüger bringt dieses Modell aber höhere Kosten. Die EVP/EDU/GLP-Fraktion begrüsst das von Stadtwerk angebotene KMU Modell, das den Betrieben hilft, die Energieeffizienz zu verbessern und CO² einzusparen und den Energiebericht, der den Unternehmen den Energieverbrauch aufzeigt. Das sind wichtige Mittel, um den Energieeinsatz zu optimieren und Einsparungen zu erzielen. Frage 4: Die Rechnung ist ausreichend transparent gestaltet. Wichtig ist der Vergleich des Stromverbrauchs des letzten Jahres mit dem laufenden Jahr. Damit kann jeder überprüfen, wie viel Strom verbraucht wurde und entsprechende Massnahmen treffen.

W. Steiner (SVP): Auch die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die umfassende Antwort. Die Strompreise in Winterthur sind noch immer günstig im Vergleich zu anderen Städten. Dies ist vor allem für die lokalen Industriebetriebe sehr wichtig, damit diese kostengünstig produzieren können und konkurrenzfähig bleiben. Ein günstiger Strompreis erhöht zudem die Standortattraktivität. Die SVP hofft, dass künftig keine grösseren Preisaufschläge erfolgen werden.

St. Fritschi (FDP): Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. St. Fritschi erinnert die Ratsmitglieder, die gegen günstige Strompreise kämpfen, daran, dass für die produzierenden Betriebe tiefe Strompreise wichtig sind. Winterthur braucht tiefe Strompreise, weil die Stadt nicht nur mit den umliegenden Gemeinden konkurrenziert, sondern mit der ganzen Welt. Ein Preisvergleich erfolgt nicht nur mit den Preisen von Seuzach oder Hettlingen, sondern auch mit denen in den USA, in Irland oder Singapur. Es wäre falsch, die Strompreise einfach zu erhöhen. Sonst landen letztendlich sehr viele Bewohnerinnen und Bewohner von Winterthur beim Sozialamt. Das darf nicht sein.

Stadtrat M. Gfeller dankt für die positive Kenntnisnahme der Interpellationsantwort. Zwischen D. Hauser und Stadtrat M. Gfeller ist ein Missverständnis entstanden. Die Stadt Winterthur hat mit grosser Wahrscheinlichkeit zu wenig Geld, um ein grosszügiges Gebäudesanierungsprogramm zu finanzieren. Die Stromgesetzgebung der Schweiz würde die Finanzierung dieses Programms über einen Strompreisaufschlag zulassen. Das müsste aber auf der Rechnung deklariert werden. Die Frage ist, ob die Ratsmitglieder bereit wären, zugunsten eines Gebäudesanierungsprogramms einer Strompreiserhöhung zuzustimmen. Damit muss auch akzeptiert werden, dass in Winterthur nicht mehr unterdurchschnittliche Strompreise bezahlt werden müssen, sondern nur noch durchschnittliche. Die Einwände von St. Fritschi darf man aber nicht ausser Acht lassen. Stadtrat M. Gfeller will nicht, dass Winterthurer Firmen abspringen und von Stadtwerk zu AXPO wechseln. Das wäre möglich. Die AXPO muss keine Gebäudesanierungsprogramme finanzieren und ist in der Preisgestaltung

mehr oder weniger frei. Das könnte letztlich dazu führen, dass der Strommarkt in Winterthur sich spaltet. Wäre es richtig, das Geld bei den Kleinen zu holen, um es in Gebäudesanierungen zu investieren und die Grosskunden zu schonen, damit sie Stadtwerk treu bleiben? Ob das vor der ELCOM Bestand hätte, kann Stadtrat M. Gfeller nicht sagen. Die ELCOM hat Stadtwerk Winterthur sehr genau geprüft. Was noch nicht geprüft wurde, sind die Preise für den Teil der Kundschaft, der den Stromanbieter nicht auswählen kann. Rekuriert haben vor allem Kundinnen und Kunden, die eine Wärmepumpe betreiben. Die ELCOM hat den Preisaufschlag im Prinzip gutgeheissen und hat empfohlen, diesen auf 3 Jahre zu verteilen. Die Stadt will gegen diesen Entscheid nicht rekurrieren, obwohl für die Übergangsfrist von 3 Jahren keine Rechtsgrundlage besteht. Stadtwerk Winterthur wurde als erstes Stadtwerk geprüft. Die Grundprinzipien sind alle akzeptiert worden. Winterthur steht gut da. Aber die ELCOM hat nicht alle Kosten, die das Stromnetz verursacht, gutgeheissen. Stadtwerk unterliegt jetzt dem Druck, das Stromnetz zu etwas tieferen Preisen gut zu unterhalten. Ob das zu schaffen ist, werden die nächsten Jahre zeigen. Die Freiheit von Stadtwerk ist trotz der Liberalisierung wesentlich kleiner geworden. Stadtrat M. Gfeller bitter um Verständnis, dass der Spielraum relativ eng ist.

Ratspräsidentin Y. Beutler: Damit ist die Interpellation erledigt und abgeschrieben. Die Ratspräsidentin lädt die Ratsmitglieder zum Apéro im alten Stadthausaal ein.

Statistik: erledigt wurden 13 Vorstösse, 4 sind neu eingegangen. Das ergibt einen Saldo von minus 9 Geschäften.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin:

Die 1. Vizepräsidentin:

Die 2. Vizepräsidentin:

Y. Beutler (SP)

U. Bründler (CVP)

D. Schraft (Grüne)